

Kommunalwahlprogramm 2011

Bündnis 90 Die Grünen

Inhalt:	Seite/n:
1. Mehr Demokratie und Bürgerinnenbeteiligung	2 - 4
2. Politik mit Frauen für Frauen	4
3. Kultur	5 - 7
4. Soziale Stadt Bad Homburg	7 - 12
5. Sport	12 - 13
6. Städtebau - Stadtentwicklung	13 - 20
7. Stadtteile	20 - 22
8. Bereich Umwelt	22 - 30
9. Verkehr	30 - 36
10. Wirtschaft und Finanzen	36 - 40

1. Mehr Demokratie und BürgerInnenbeteiligung

Mehr Demokratie und BürgerInnenbeteiligung in Bad Homburg - JETZT!

Die Mitarbeit in der Stadtverordnetenversammlung und besonders in den Ausschüssen sowie im Magistrat bietet die Möglichkeit einer frühzeitigen umfassenden Information über alle kommunalen Angelegenheiten für alle. Eine GRÜNE Stadtverordnetenfraktion wird über Anfragen und Anträge die Richtung der Verwaltungsarbeit mitbestimmen und für eine uneingeschränkte Information der Öffentlichkeit sorgen. Die Rolle der GRÜNEN in der Stadtverordnetenversammlung wird auch in der nächsten Wahlperiode dadurch bestimmt werden, konkrete BürgerInneninteressen zu formulieren und zu vertreten sowie für mehr BürgerInnennähe zu sorgen.

DIE GRÜNEN wünschen sich, dass außerparlamentarische Initiativen sowie alle Bürgerinnen und Bürger in der GRÜNEN Fraktion eine Vertretung für sich in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat sehen können. Wir wollen eine breit angelegte Informationspolitik und eine enge Zusammenarbeit mit allen Menschen und Initiativen betreiben. Das heißt, die GRÜNEN Stadtverordneten stellen sich den Bürgerinnen und Bürgern nicht nur zu Wahlen, sondern auch zu wichtigen Entscheidungen. Sie sind den Beschlüssen der Mitgliederversammlung der GRÜNEN Bad Homburg verantwortlich. Die Sitzungen der Stadtverordnetenfraktion der GRÜNEN sind in der Regel öffentlich.

INTEGRATIONS RAT

Wir wollen in Bad Homburg den Ausländerbeirat in Integrationsrat umbenennen und ihn mit mehr Rechten ausstatten. Wir sehen unsere Mitbewohnerinnen und Mitbewohner nicht als Gäste unserer Stadt, sondern als einen Teil unserer Gesellschaft. Sie arbeiten, zahlen Steuern und leisten in Vereinen und in sonstigen Ehrenamtstätigkeiten einen großen Beitrag zur Gesellschaft. DIE GRÜNEN sehen die Chancen und das kreative Potenzial, das Bad Homburg von seinen Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund gewinnen kann, und möchten daher diese noch mehr in die Gesellschaft integrieren und vor allem politisch mit mehr Gestaltungsmöglichkeiten ausstatten.

Deswegen fordern DIE GRÜNEN die Umbenennung vom Ausländerbeirat in den Integrationsrat und möchten diesen mit einem Antragsrecht in der Stadtverordnetenversammlung stärken.

JUGENDFORUM STÄRKEN!

Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren dürfen sich noch nicht an den Wahlen beteiligen. Trotzdem sind sie ein Teil der Stadt und haben Bedürfnisse. Mit dem Jugendforum wurde den Kindern und Jugendlichen eine Plattform gegeben, um ihre Bedürfnisse zu äußern. DIE GRÜNEN begrüßen den Weg des Jugendforums.

SCHULKLASSEN BETREUUNG IM STADTPARLAMENT

DIE GRÜNEN fordern daher mehr Transparenz und wollen verstärkt mehr Schulklassen einladen. Es ist wichtig, dass die Schülerinnen und Schüler die politischen Vorgänge verstehen. Daher sollen vor den Stadtverordnetenversammlungen die Schulklassen über das

Stadtparlament informiert werden. Dabei wäre es nützlich, geeignete Flyer mit Schaubildern bereit zu halten.

BÜRGERINNENBIBLIOTHEK

DIE GRÜNEN setzen sich für eine größere Transparenz in der Politik ein. Alles was aus Steuermitteln finanziert wird, muss der Öffentlichkeit offen gelegt und zur Verfügung gestellt werden. Alle Anträge, Beschlüsse, Gutachten etc sollen in Schriftform in der Stadtbücherei vorhanden sein und jedem zugänglich gemacht werden.

BÜRGERINNENNAHE MUSS POLITISCH UMGESETZT WERDEN

In der politischen Arbeit im Homburger Stadtparlament gibt es eine Reihe von Möglichkeiten, mehr BürgerInnennähe konkret in politisches Handeln umzusetzen. Folgende Forderungen haben DIE GRÜNEN hierzu:

Gleichzeitig muss den Bürgerinnen und Bürgern mehr Gelegenheit gegeben werden, sich selbst bei der Formulierung von Planzielen zu beteiligen.

1. mehr BürgerInnenversammlungen nach § 8a der Hessischen Gemeindeordnung auch in den Stadtteilen Bad Homburgs
2. Information der Öffentlichkeit über laufende Verhandlungen schon im Vorstadium von Planungsvorhaben
3. BürgerInnenbeteiligung bei Planungsprozessen schon bei der Festsetzung der Planungsziele
4. Einführung von BürgerInnenfragestunden in den Sitzungen der Fachausschüsse
5. Rederecht für sachkundige Personen aus Verbänden, Vereinen, Initiativen, Berufsgenossenschaften usw. in den Fachausschüssen des Stadtparlaments auf Antrag einer Fraktion
6. Rederecht für betroffene Personen in den Fachausschüssen auf Antrag einer Fraktion
7. Antragsrecht für den Bad Homburger Integrationsrat in der Stadtverordnetenversammlung
8. Die Beschlüsse und Ergebnisse des Jugendforums sollen zur Diskussion in den Jugend- und Sozialausschuss eingebracht werden.

MEHR MITBESTIMMUNG IN DER GEMEINDE

Mehr kommunale Demokratie bedeutet auch, demokratische Grundrechte in der Gemeinde zu fördern und zu verwirklichen. Dem dienen u. a. verstärkter Datenschutz bei der städtischen Verwaltung, stärkere Beachtung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern z. B. bei Stellenbesetzungen, bei der Konzeption von Formularen usw., mehr Rechte für Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund durch eine Aufwertung und Stärkung des Integrationsrates, die Einrichtung eines beweglichen Wahlvorstandes, um etwa Bewohner in Altenheimen oder Patienten im Krankenhaus die Möglichkeit zur Urnenwahl zu geben.

Demokratische Informationskultur fördern - auch im Internet

Die Innovationen der Kommunikationstechnologie eröffnen neue Möglichkeiten zur gesellschaftlichen und politischen Partizipation. DIE GRÜNEN möchten diese Partizipationsmöglichkeiten nutzen und ausbauen. Wir möchten die Bürgerinnen und Bürger

einladen, über das Internet mit zu entwickeln und mit zu planen. Die Nutzung der Möglichkeiten des Internets folgt dabei den Leitlinien Teilhabegerechtigkeit, Nachhaltigkeit und informationeller Selbstbestimmung.

Die Nutzung digitaler Kommunikation ist noch nicht in allen Bereichen der öffentlichen Verwaltung verwirklicht. Die kommunale Verwaltung muss diesen Prozess annehmen und in effizientes und bürgerInnennahes Handeln umsetzen.

Dazu haben wir folgende fünf Handlungsfelder identifiziert:

1) HANDELN TRANSPARENT GESTALTEN, INFORMATIONSFREIHEIT DURCHSETZEN

Bürgerinnen und Bürger müssen zur Teilhabe an demokratischen Prozessen eingeladen werden. Um die Transparenz demokratischer Entscheidungsprozesse zu erhöhen, müssen die Termine und Ergebnisse von Sitzungen der Ausschüsse und des Stadtparlaments den Bürgerinnen und Bürgern unkompliziert zur Verfügung gestellt werden. Die Nutzerfreundlichkeit parlamentarischer Infosysteme wie Fabasoft muss kontinuierlich weiter entwickelt und verbessert werden. Darüber hinaus müssen die Vorgaben des (Bundes-) Informationsfreiheitsgesetzes auf den kommunalen Alltag angewendet werden. Für DIE GRÜNEN gilt: Alle Informationen über kommunales Handeln sind den Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen, solange nicht in Persönlichkeitsrechte eingegriffen wird.

2) BASISDEMOKRATIE STÄRKEN? – ELEKTRONISCHE BETEILIGUNGSFORMEN AUSBAUEN!

Auch innerhalb der Wahlperioden sollen sich Bürgerinnen und Bürger aktiv an demokratischen Prozessen beteiligen können. Die Möglichkeiten der direkten Demokratie im Internet sollen ausgebaut werden. Dazu wollen wir alternative Beteiligungsformen wie Bürgerforen im Internet. Beispiele hierfür sind ein digitales Stadtforum, digitale Schlaglochkarten u. ä.

3) WISSEN FÜR ALLE? – OPEN ACCESS IN BAD HOMBURG!

Hinter dem Open Access-Gedanken steht der Wunsch, öffentlich finanzierte Daten, z. B. Forschungsergebnisse, Gutachten oder auch Karten der gesamten Bevölkerung zugänglich zu machen. Wir weiten diesen Gedanken auf die kommunale Ebene aus: Arbeitsergebnisse, die von der Verwaltung oder kommunal finanziert von Dritten erstellt wurden, sollen den Bürgerinnen und Bürgern in digitaler Form kostenfrei zugänglich gemacht werden.

Informationen, die die Kommune im Internet zugänglich macht, müssen auch kostenlos zugänglich sein, auch für Personen, die über keinen eigenen Internetzugang verfügen. Geeignet dazu sind beispielsweise Computer mit Internetzugang in Bibliotheken usw.

4) LICHT IM DICKICHT? – AUF DER DATENAUTOBAHN ZU BEHÖRDEN!

Wir möchten die Möglichkeiten, Behördengänge über das Internet zu erledigen, weiter ausbauen und deren Anwendung fördern, bspw. eine online Rückmeldung, dass eine Genehmigung oder der Personalausweis zur Abholung bereit ist. Wir werden dabei die Persönlichkeitsrechte und den Datenschutz beachten.

5) BARRIEREFREIHEIT IM BAD HOMBURGER NETZ

Die Informationen im Internet sind bislang oftmals schwer zugänglich für Menschen mit Behinderung. Auch für Menschen mit Behinderungen muss der Zugang zu kommunalen Informationen im Internet zu bewältigen sein. Die Internetangebote der Kommunen müssen die Vorgaben zur Barrierefreiheit im Internet erfüllen.

Wir fordern deshalb: Eine konsequente Umsetzung der Vorgaben sowohl in der technischen Anpassung der Internetauftritte als auch in der sprachlichen Formulierung in einfacher, verständlicher Sprache.

2. POLITIK MIT FRAUEN FÜR FRAUEN

Seit fast 30 Jahren gilt für die Listenaufstellung der GRÜNEN in Bad Homburg, dass jeder 2. Listenplatz mit einer Frau besetzt werden soll, sofern eine Frau für diesen Platz kandidiert. Auch auf der Kommunalwahlliste 2011 sind somit knapp 50 % der Plätze von Frauen besetzt.

Eine solche Frauenquote ist jedoch leider selten zu finden. Auch im Jahr 2010 waren Frauen weder in der Politik noch in der Stadtverwaltung oder im gesellschaftlichen Leben wirklich gleichberechtigt.

Obwohl rechtlich gleichgestellt, werden Frauen in der Realität noch immer benachteiligt, erhalten für gleiche Arbeit geringeren Lohn. Noch immer erklimmen zu wenige Frauen die oberen Sprossen der Karriereleiter, noch immer haben zu viele Frauen unter Diskriminierung und Sexismus zu leiden. Gewalt gegen Frauen ist noch immer viel zu oft bittere Realität.

DIE GRÜNEN setzen sich daher weiterhin mit Nachdruck dafür ein, dass gleichberechtigte Partizipation von Frauen in allen Lebensbereichen selbstverständlich wird und sich unterschiedlichste Lebensentwürfe von Frauen verwirklichen lassen. Dazu ist auch eine geschlechtersensible Politik notwendig, in der sich eine fortschrittliche Männerpolitik der besonderen Belange von Jungen und Männern annimmt.

DIE GRÜNEN wollen im Dialog mit Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie durch gezielte Maßnahmen zur Frauenförderung in Bad Homburg dem Ziel Geschlechtergerechtigkeit näher kommen. DIE GRÜNEN wollen daher

- Konsequente Umsetzung des Frauenförderplanes in der Verwaltung
- Unterstützung von Projekten zur Stärkung von Frauen in allen Lebens- und Arbeitsbereichen
- Konzepte zur geschlechtersensiblen Betreuung, Bildung und Erziehung in Kindertageseinrichtungen und Schulen
- Bedarfsgerechte Förderung des Frauenhauses und des Vereins Frauen helfen Frauen e.V.
- Verlässliche Förderung des Frauenbildungszentrums

3. KULTUR

Eine Stadt wird geprägt durch ihr kulturelles Leben. DIE GRÜNEN wollen ein facettenreiches Kulturangebot für alle Altersgruppen entwickeln, welches nicht nur den so genannten breiten Geschmack bedient, sondern auch Raum für neue und experimentelle Kultur bietet. Uns ist die Erhaltung der jetzigen Kulturlandschaft in Bad Homburg genauso wichtig wie deren Weiterentwicklung und Ausbau. Denn gerade das lokale Kulturbild einer Stadt trägt ganz

entscheidend zu deren Prägung und Identifikation bei.

- DIE GRÜNEN fordern weiterhin jedmögliche Unterstützung von Kulturträgern wie Volkshochschule, Volksbühne, Studiobühne, Musikschule, Kleine Oper, Kammerorchester, Kurorchester, Gesangsvereine, Kirchenchöre, Karnevalsvereine, Heimatvereine, Jugendkulturvereine.
- Des Weiteren sind DIE GRÜNEN dafür, Veranstaltungen wie Blickachsen, Fugato, Kunstwerkstadt, das erstmals stattgefundenene Literatur- und Poesiefestival und die erstmals stattfindenden Homburger Gartentage sowohl finanziell als auch organisatorisch seitens der Stadt zu unterstützen.
- Für den Homburger Sommer fordern DIE GRÜNEN mehr Open-Air-Kino. Hat sich der letzte Homburger Sommer begrüßenswerter Weise mehr in Richtung Oper und Theater entwickelt, so lässt das Angebot für Jugendliche doch sehr zu wünschen übrig. Hier muss unbedingt mehr geschehen, z. B. ein Drei-Tage-Musikfestival.
- Für den Kulturbahnhof fordern DIE GRÜNEN, dass in gleichem Maß für alle Altersgruppen ein entsprechendes Programm angeboten wird, das heißt bezahlbare oder kostenfreie Veranstaltungen für Jugendliche.
- Absolute Priorität für DIE GRÜNEN bei der Erschaffung des Kulturbahnhofs hat die Nichtschließung des Musiklokals Gambrinus bis eine adäquate (!) neue Lokalität vorhanden ist.
- Im Rahmen der Neugestaltung des Bahnhofsareals fordern DIE GRÜNEN die Errichtung eines Kinocenters. Desweiteren sollten Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, um das KiS wieder zu aktivieren. Dessen Aufgabe sollte es sein, insbesondere für Jugendliche kritische, dokumentarische und individuelle Filme zu zeigen.
- DIE GRÜNEN sind für einen weiteren Ausbau der Nutzung der Englischen Kirche, insbesondere für Jugendveranstaltungen wie die Fortsetzung des Young Friday.
- DIE GRÜNEN fordern mehr Räumlichkeiten, in denen man sich kulturell entfalten kann: Musikübungsräume, Ateliers etc. Zudem sollten werdende Künstler Möglichkeiten in der Stadt bekommen, ihre Kunst vor- bzw. auszustellen. Das von Stadtrat Kraft vorgestellte Konzept des „Move & Groove Centers“ auf dem Postgelände wird von den GRÜNEN unterstützt.
- Wichtig für DIE GRÜNEN sind die Pflege und der Ausbau der Archive und Heimatmuseen. So sollte auch eine engere Zusammenarbeit zwischen Schloss- und Stadtarchiv angestrebt werden, um gemeinsame Forschungen zur Stadtgeschichte besser fördern zu können und sie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.
- Der Limes – zum Weltkulturerbe ernannt – muss mehr in die Lokalität Bad Homburgs eingebunden werden, da er von bedeutendem Wert für die Geschichte dieser Region ist. Vor allem zum Tourismusimage Bad Homburgs trägt er wesentlich bei.
- Die Stadt muss unbedingt eine bessere und vor allem intensivere Tourismuspflege betreiben, um Kultur und Geschichte unserer Stadt über ihre Grenzen hinaus bekannter zu machen. Dadurch wird der Tourismus als Wirtschaftsfaktor ein wichtiger Indikator Bad Homburgs.

- DIE GRÜNEN fordern mehr Lagermöglichkeiten für Vereine. Vereine prägen sehr stark das kulturelle Geschehen in unserer Stadt. Wir wissen von der Raumnot der Vereine, die teilweise so groß ist, dass sie in ihrer Vereinsarbeit beträchtlich eingeschränkt werden.
- Die Wiederherstellung des historischen Kurparks ist von großer Bedeutung für unser Stadtbild, insbesondere die Wandelhalle mit Konzertmuschel. Wichtig ist auch das Kurparkpflegewerk, das den Kurpark sowohl in ökologischer Hinsicht als auch bezüglich des Kurwesens in dem dafür notwendigen Zustand erhält oder zurück versetzt. Hierzu gehört nach Meinung der Grünen auch ein Überdenken des momentanen Verkehrskonzeptes in diesem Bereich. Die Neuüberarbeitung muss als Zielsetzung haben, im gesamten Kurparkbereich den Verkehr zu reduzieren.

4. SOZIALE STADT BAD HOMBURG

DIE GRÜNEN stehen für eine sozial orientierte Kommunalpolitik, mit dem Ziel einer Stadtentwicklung hin zu einer Sozialen Stadt, in der Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen Berücksichtigung finden - Familien mit Kindern, ältere Menschen, Jugendliche und junge Erwachsene, Alleinerziehende, Familien in besonderen Problemlagen, Menschen mit Migrationshintergrund – sie alle sind Teil unserer Stadtgesellschaft und die Integration unterschiedlicher Interessen ist als kommunalpolitische Querschnittaufgabe zu sehen.

Große Bedeutung kommt aus Sicht der GRÜNEN hierbei der Einbeziehung und Förderung bürgerschaftlichen Engagements zu. Die Nutzung des „Expertenwissens“ verschiedener Bevölkerungsgruppen in vielfältigen Partizipationsprojekten z.B. im Rahmen des Masterplanprozesses ist für DIE GRÜNEN wichtige Voraussetzung für eine nachhaltige, soziale Stadtentwicklung.

Erhalt und bedarfsgerechter Ausbau freiwilliger sozialer Leistungen wie den BAD HOMBURG PASS sind für DIE GRÜNEN kein überflüssiger Luxus, sondern Grundlage sozialer Gerechtigkeit in unserer Stadt.

Angesichts der demografischen Entwicklung in Bad Homburg kommt für DIE GRÜNEN der Förderung von Familien und jungen Menschen in gleichem Maße Bedeutung zu, wie der Weiterentwicklung von Konzepten zur Unterstützung älterer Bürgerinnen und Bürger.

FAMILIEN UND KINDER IN DEN MITTELPUNKT

„Um ein Kind groß zu ziehen, braucht man ein ganzes Dorf“, lautet ein afrikanisches Sprichwort.

Familien benötigen öffentliche Unterstützungssysteme und professionelle Erziehungspartner um ihrer gesamtgesellschaftlich wichtigen Erziehungsaufgabe gerecht werden zu können.

Eltern, insbesondere allein erziehende Mütter und Väter, sind vielfältigen Belastungen ausgesetzt und der Spagat zwischen Beruf und Kinderbetreuung ist oft nicht leicht zu bewältigen.

Kommunale Familienpolitik heißt für DIE GRÜNEN, Netzwerke für Kinder und Eltern zu schaffen, um Eltern zu entlasten und Kinder in ihrer Entwicklung zu begleiten und optimal fördern zu können. Kommunale Familienpolitik in Bad Homburg bedeutet für DIE GRÜNEN daher:

- Der Ausbau von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren, in welchen Eltern Bildung, Beratung, Betreuung und Begegnung an einem Ort vorfinden
- Wohnortnahe Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz und bedarfsgerechter Ausbau von Ganztagsplätzen mit Mittagsversorgung
- Kontinuierliche Qualitätsentwicklung der Kindertagesbetreuung im Sinne des Hessischen Bildungs- und Erziehungsplanes mit reduzierten Gruppenstärken und besserer personeller Ausstattung
- Erweiterung des Platzangebotes für Kinder unter 3 Jahren (Krippen) und im Grundschulalter (Horte) – die Übernahme der Schulträgerschaft für die Grundschulen gehört seit langem zu den kommunalpolitischen Forderungen der GRÜNEN mit der Zielsetzung, die bauliche Situation unserer Grundschulen grundlegend zu verbessern und die Basis für integrierte nachschulische Betreuungsangebote zu schaffen und damit den Weg zur Ganztagschule vorzubereiten.
- Mehr Plätze in qualifizierter Kindertagespflege durch angemessene Förderung von Tagespflegepersonen und Sicherung von Vertretungsregelungen
- Im Sinne ganzheitlicher Gesundheitsförderung soll in den Kindertagesstätten möglichst ein ökologisch wertvolles Mittagessen gereicht werden

Neben der Sicherstellung eines guten Betreuungsangebotes gehört die Schaffung und Gestaltung familiengerechter Freiräume zu den zentralen Forderungen der GRÜNEN. DIE GRÜNEN fordern eine Gestaltung und Vernetzung öffentlicher Flächen, die generationsübergreifende Treffpunkte schafft und Raum für Begegnung, Spiel, Sport und Bewegung unterschiedlicher Altersstufen. Erlebnisräume für alle Generationen statt altersdifferenzierter Freizeitinseln können dazu beitragen, dass Kinder, Jugendliche und Erwachsene in ihrem unmittelbaren Lebensbereich mehr Verständnis füreinander aufbringen und in Bad Homburg ein Wohnumfeld entsteht, in welchem sich alle sicherer und heimisch fühlen können.

JUGENDLICHE UND JUNGE ERWACHSENE

Politik für Jugendliche bedeutet für die GRÜNEN Politik mit Jugendlichen – das heißt, für alle Bereiche der Jugendarbeit sind geeignete Beteiligungsmodelle zu entwickeln, die Jugendliche frühzeitig in Planung und Umsetzung von Projekten einbeziehen, von denen ihre Altersgruppe betroffen ist.

Dies gilt sowohl für die Angebotsgestaltung vorhandener Jugendeinrichtungen, was Programm und Öffnungszeiten betrifft, als auch der Entwicklung von dringend benötigten weiteren Freizeit- und Kulturangeboten für Jugendliche und junge Erwachsene in unserer Stadt.

Neben vielfältigen Freizeit- und Kulturangeboten brauchen junge Menschen in unserer Stadt aber auch ein Angebot bezahlbaren Wohnraums. DIE GRÜNEN wollen daher neue Konzepte für Junges Wohnen in Bad Homburg unterstützen und fördern.

Für die Jugendeinrichtungen ergeben sich für DIE GRÜNEN Bad Homburg folgende Anforderungen:

- ein an den jugendlichen Bedürfnissen und Interessen ausgerichtetes, breites Angebot in sozialer, gestalterischer, kultureller und sportlicher Hinsicht in allen Stadtteilen
- nichtkommerziell. Die Preise müssen von Jugendlichen bezahlbar sein

Weiterhin fordern DIE GRÜNEN:

- Zügige und Konsequente Umsetzung des Projektes Kulturbahnhof
- Berücksichtigung der Planung eines Kinokomplexes sowie eines „ Move & Groove Centers bei der Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes
- Schaffung eines Wohnraumangebotes für junge Menschen z. B. in Kooperation mit der Baugenossenschaft Hochtaunusbau oder auf städtischen Flächen Am Bornberg oder am Hühnerstein
- Ausweitung von Präventionsprojekten zum Schutz vor Sucht und Gewalt
- Die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund soll in der Jugendarbeit stärker berücksichtigt und durch Beteiligungsprojekte gefördert werden. Hierbei kommt der Jugendarbeit der Sport- und Kulturvereine besondere Bedeutung zu. Diese werden daher besonders von der Stadt unterstützt.
- Unterstützung und Förderung deutsch-ausländischer Jugendfreizeiten: Bei den Kontakten zu den Partnerstädten sollten auch verstärkt mehr Jugendliche teilnehmen können.
- Erhalt der Förderung von Ferienfreizeiten
- Durchführung von Filmnächten und Beachpartys sowie offenen Sportveranstaltungen (Indoor-Baseball, Skatertage) und Ausweitung der Nachtsportangebote
- Unterstützung von Angeboten zur Hausaufgabenhilfe und Schülerbetreuung sowie der Jugendberufshilfe (Jugendbildungswerk)

ÄLTERE MENSCHEN IN UNSERER STADT

Angesichts steigender Lebenserwartung und, damit verbunden, einer längeren und aktiv gestalteten Lebensphase „Alter“, richten DIE GRÜNEN ihr besonderes Augenmerk auch auf die älteren Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Nicht nur den Einschränkungen, die mit steigendem Lebensalter einhergehen, kommt besondere Bedeutung zu, das Erfahrungswissen älterer Bürgerinnen und Bürger zu nutzen und im Rahmen der Gemeinwesenarbeit z. B. im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeiten zu fördern, ist eine für alle Beteiligten lohnende kommunalpolitische Aufgabe.

Ältere Menschen möchten in der Regel so lange als möglich in ihrem vertrauten Wohnumfeld leben – da sie jedoch in ihrem Aktivitäts- und Mobilitätsradius oftmals eingeschränkt sind, werden vielfältige Unterstützungs- und Hilfesysteme benötigt, um älteren Menschen den Verbleib in ihrem sozialen Umfeld zu ermöglichen.

DIE GRÜNEN setzen sich daher ein für:

- Förderung vielfältiger Mehrgenerationenprojekte wie Öffentliche Wohnzimmer, Patenprojekte wie Justamente oder Mehrgenerationenwohnprojekte
- Einrichtung von Angeboten betreuten Wohnens in allen Ortsteilen und Unterstützung bei der Einrichtung von Senioren WG`s

- Einrichtung eines zentralen, unabhängigen Pflegestützpunktes
- Ausbau ambulanter Dienste
- Barrierefreie Gestaltung öffentlichen Straßenraums
- Verlängerung von Grünphasen an Fußgängerampeln
- Sicherung der Nahversorgung in den Ortsteilen
- mehr Sitz- und Ruhezone im gesamten Stadtgebiet
- Bau von seniorengerechten Wohnungen in den Bad Homburger Stadtteilen
- Seniorenspielplätze

BÜRGERINNEN UND BÜRGER MIT MIGRATIONS HinterGRUND IN BAD HOMBURG

Seit vielen Jahrzehnten leben und arbeiten zahlreiche Bürgerinnen und Bürger ausländischer Herkunft in unserer Stadt. Die vielen beim jährlich stattfindenden internationalen Stadtfest vertretenen Nationalitäten machen sichtbar, dass Bad Homburg auch eine multinationale Stadt ist.

Dennoch gibt es nach wie vor auch Ressentiments und Ängste gegenüber dem und den „Fremden“ auf der einen und Rückzugs- und Abgrenzungstendenzen auf der anderen Seite.

Die Integration von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund ist für DIE GRÜNEN auch eine kommunalpolitische Zukunftsaufgabe.

Sprachförderung allein reicht aus Sicht der GRÜNEN nicht aus, vielmehr erfordert Integration die gleichberechtigte Teilhabe der Zuwanderer am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben Bad Homburgs. Hierfür gilt es, Sprachprobleme und Bildungshemmnisse abzubauen, interkulturelle Beteiligungsformen zu entwickeln und religionsübergreifende Verständigungsebenen zu etablieren.

Im Einzelnen fordern DIE GRÜNEN:

- Wer Mitglied unseres Sozialwesens ist, muss auch wählen dürfen - kommunales Wahlrecht für alle dauerhaft in der Gemeinde wohnenden ausländischen Bürgerinnen und Bürger
- Bessere räumliche und finanzielle Unterstützung demokratischer Ausländerorganisationen und deren Aktivitäten (Kulturprogramm, Begegnungen, Jugendfreizeiten, Integration in Heimatfeste)
- Vermehrte Einstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung. Beratungsangebote und Sprechzeiten kommunaler Einrichtungen sollen sich auch an den Bedürfnissen und Informationsgewohnheiten ausländischer Familien orientieren.
- Erstellung interkultureller Konzepte für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen sowie gezielte Förderung im schulischen Bereich und vermehrter Einsatz sozialpädagogischer Fachkräfte mit Migrationshintergrund
- verstärkte Förderung der Elternberatung um die Ausbildungschancen junger Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern

OBdachlose und Nichtsesshafte

Die sichtbare Not von Menschen, die auf der Straße leben, hat viele Namen: Penner,

Tippelbrüder, Berber...

Nur ein geringer Prozentsatz der so bezeichneten Personengruppe hat sich aus freien Stücken für eine Lebensweise entschieden, die nicht an eine feste Wohnung gebunden ist. Der Anteil wohnungsloser Frauen steigt dabei ständig. Der weitaus größte Teil der Nichtsesshaften ist nicht absichtlich wohnungslos, denn wer wählt schon freiwillig den Weg ins Obdachlosenheim?

Der Grund für Obdachlosigkeit besteht sehr oft in der simplen Tatsache, dass dem Bedarf an bezahlbarem Wohnraum kein entsprechendes Angebot gegenübersteht. Insofern ist eine grundsätzliche Verbesserung der Situation nur durch die Beschaffung von bezahlbarem und geeignetem Wohnraum möglich. Ebenso ist eine Anhebung der Einkommensgrenze für den Wohngeldbezug erforderlich. Bei den gegenwärtigen Mietpreisen können selbst gut Verdienende sehr schnell unter das Existenzminimum geraten und nicht mehr in der Lage sein, die geforderte Miete zu bezahlen.

Obdachlosigkeit wird so zu einem sozialen Problem und zu einem Fall für die Sozialarbeit, wenn es das „Dach über dem Kopf“ nicht mehr gibt.

Grundsätzlich gilt folgender Aspekt: Die räumliche Trennung obdachloser Bürgerinnen und Bürger durch die (vorübergehende) Unterkunft in Obdachlosenheimen von der übrigen Gesellschaft sowie die Lebensbedingungen in diesen Unterkünften schaffen bereits diskriminierende Bedingungen. Wohnungslose längerfristig in Obdachloseneinrichtungen unterzubringen, erschwert daher ihre Wiedereingliederung.

Daher fordern DIE GRÜNEN:

- präventive Obdachlosenarbeit, z.B. Verstärkung der Mieterberatung, Verhinderung von Zwangsräumungen durch Übernahme der Mietschulden seitens der Stadt Bad Homburg
- Belegrecht für einen Teil der Wohnungen im sozialen Wohnungsbau, in Altenwohnanlagen
etc.
- Förderung und weitere Unterstützung von betreuten Wohngemeinschaften und Arbeitsprojekten
- Bereithaltung von preiswerten Wohnungen, um sie Nichtsesshaften oder Obdachlosen anbieten zu können

SOZIALHILFE

Auch in Bad Homburg müssen immer mehr Menschen Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen in Anspruch nehmen.

Dabei ist die Ursache für diesen Anstieg nicht in dem Versagen der einzelnen Individuen zu suchen, sondern es ist vielmehr Ausdruck gesamtgesellschaftlicher Probleme wie z.B. der Arbeitslosigkeit, der Wohnungsnot usw. Wer erst einmal in den Teufelskreis Arbeitslosigkeit, Überschuldung, Sozialhilfebedürftigkeit, Wohnungslosigkeit geraten ist, hat kaum die Chance, aus eigener Kraft diesen Kreislauf zu durchbrechen.

Auch alleinerziehende Eltern mit ihren Kindern sind überproportional häufig von sozialer Unterstützung abhängig.

DIE GRÜNEN fordern deshalb:

- Die Bearbeitung der Sozialhilfe soll künftig wieder im Rathaus durch städtische

MitarbeiterInnen erfolgen, um eine umfassende bürgernahe Beratung und die Verzahnung verschiedener Hilfsangebote sicherzustellen

- Einrichtung einer Beratungsstelle die über Rechte und Hilfsansprüche aufklärt und beim Stellen von Anträgen Unterstützung bietet
- Generelle Verbesserung der Lebensbedingungen Einkommensschwacher in Bad Homburg z.B. durch Erhaltung und Förderung preisgünstigen Wohnraumes
- Unterstützung von Selbsthilfegruppen und Initiativen von Betroffenen

MENSCHEN MIT BEHINDERUNG

„Es gibt keine Norm für das Menschsein – Es ist Normal, verschieden zu sein
“ (R. v. Weizsäcker)

Menschen mit Behinderung sind Teil unserer Gesellschaft, gehören in unsere Mitte und bedürfen unserer besonderen Fürsorge und Unterstützung.

GRÜNE Kommunalpolitik setzt folgende Schwerpunkte:

- Beseitigung von baulichen Hindernissen in öffentlichen und halböffentlichen Gebäuden (Schulen, Behörden, Theater, Kinos, Kaufhäuser, Post, Bahnhof usw.),
- Abbau von Barrieren im öffentlichen Straßenraum wie z.B. Verbreiterung von Gehwegen, Abflachung von Bordsteinen, Rampen statt Treppen, Sonderparkplätze, die besonders überwacht werden müssen
- Die Förderung von selbstorganisierten, betreuten Wohngemeinschaften für Menschen mit Behinderung
- Dezentrale Arbeitseinheiten für Behinderte und Nichtbehinderte (z.B. Kleinwerkstätten, Läden, Dienstleistungsbereiche) sind zu fördern.
- Möglichst wohnortnahe Inklusion von Kindern mit Behinderung in Kindertageseinrichtungen
- bei der Gestaltung von Spielplätzen ist auch auf die Bedürfnisse und Fähigkeiten von Kindern / Menschen mit Behinderung zu achten
- Bau von behindertengerechten Wohnungen .

5. SPORT

DIE GRÜNEN in Bad Homburg wissen um den Wert des Sports, sowohl in gesellschaftlicher, sozialer als auch gesundheitlicher Hinsicht. Die Förderung des Sports ist den GRÜNEN ein wichtiges Anliegen.

So wurden an fast allen Sportplätzen mittlerweile Kunstrasenplätze errichtet. Die Sportförderungsrichtlinien wurden dahingehend verändert, dass die Vereine mehr Geld von der Stadt für ihre Jugendarbeit erhalten. Ebenso, falls sie eigene Hallen oder Sportplätze

besitzen, gibt es eine Entlastung bei den Unterhaltungskosten. Hinzu kam die finanzielle Unterstützung im Jugendbereich. Auf das Konto der GRÜNEN gehen u. a. der Baseballplatz für die Hornets am Sportplatz Nordwest, die neue Halle der HTG und das neue Vereinshaus von DJK und SGK am Wiesenborn.

Um Bad Homburg als Sportstadt auszubauen, müssen jedoch weitere Projekte realisiert werden:

- DIE GRÜNEN sind für den Neubau einer Sporthalle in Ober-Eschbach, weil nur ein Neubau den zu erfüllenden Erfordernissen gerecht wird. Ein Anbau an die Albin-Göhring-Halle wäre nur Stückwerk und somit weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll.
- DIE GRÜNEN sprechen sich in Gonzenheim für den Standort der neuen Halle auf dem Gelände des jetzigen Sportplatzes Lange Meile aus, um sowohl die Verkehrsproblematik zu lösen als auch um auf dem stadteigenen Grundstück an der Pappelallee einen vollwertig nutzbaren Sportplatz errichten zu können. Denn am jetzigen Standort Lange Meile ist aufgrund rechtlicher Gebundenheiten nur eine teilweise Nutzung möglich.
- DIE GRÜNEN sind für eine 4-Feld-Halle im Bad Homburger Westen, da dort ein Mangel an einer Sporthalle besteht. Möglicher Standort wäre die Frölingstraße.
- DIE GRÜNEN sind für den Kauf der HTG-Halle in der Dorotheenstraße. Dieses alte für Bad Homburg bedeutende historische Gebäude kann der Verein nicht aus eigener Kraft sanieren. Ein Zuschuss seitens der Stadt allein würde nicht reichen. Da der Verein dieses denkmalgeschützte Kleinod verkaufen muss, sind DIE GRÜNEN dafür, dass dieses Gebäude in städtischen Besitz übergeht, um so eine Handhabung bezüglich der Nutzung zu erhalten.
- DIE GRÜNEN setzen sich für eine Kletter- und Skaterhalle im Move & Groove Center ein, das in der Nähe des Bahnhofs im Rahmen der Neugestaltung des gesamten Areals entstehen soll. Diese Halle ist insbesondere für den Vereinsungebundenen Sport gedacht.
- Sport im Kindergarten ist ein wichtiges Projekt, das DIE GRÜNEN fördern werden. Kinder schon im Vorschulalter mit Sport vertraut zu machen, ist in der heutigen Zeit grundlegend für die gesundheitliche Entwicklung eines jeden Kindes.
- DIE GRÜNEN setzen sich ein für ein Forum für Trendsportarten. Hierbei geht es sowohl um Trainings- als auch Präsentationsmöglichkeiten, um diese Sportarten populärer zu machen.
- DIE GRÜNEN fordern die Errichtung eines Anbaus an die GaG-Turnhallen zur Förderung des Turn- und Gymnastiksports in Kirdorf.

6. STÄDTEBAU - STADTENTWICKLUNG

Eine ökologische Stadtplanung, wie sie DIE GRÜNEN fordern, nimmt in erster Linie Rücksicht auf die Belange des Umweltschutzes und auf die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner unserer Stadt.

Stadtentwicklungspolitik kann sich nicht zuletzt auf das Objekt, nämlich das Gebäude oder eine Verkehrserschließung beziehen, sondern muss alle Aspekte des auf die Stadtstruktur einwirkenden menschlichen Zusammenlebens betrachten! Eine Stadt ist in ihren gewachsenen Strukturen (Stadtbild, Landschaft, Verkehr) wie ein natürlicher lebender Organismus zu sehen. Werden unsensible Eingriffe gemacht, treten Funktionsstörungen auf, verändern sich ganze Stadtteile, werden homogene Strukturen zerstört.

Die Stadt Bad Homburg soll auch weiterhin die Stadtentwicklung aktiv im Sinne der Bevölkerung gestalten. Dazu bedarf es der Transparenz in der Bauleitplanung und Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger.

Die Grenzen der Entwicklung sind in Bad Homburg nahezu erreicht. Wir halten es daher für sinnvoll, dass die Zahl der Einwohner unserer Stadt nicht mehr erheblich wächst. Angesichts der Tatsache, dass im Jahr 2020 bei der bisherigen Entwicklung nahezu 40 % der Bevölkerung über 60 Jahre alt sein werden, muss die Stadt bei ihrer Entwicklung einerseits dieser Tatsache Rechnung tragen (Wohnen im Alter) andererseits aber auch Einrichtungen für Junge Menschen schaffen (Ausbildungsplätze, Schulen, Fachhochschulen, preiswerte Wohnungen für Singles und junge Familien, Kinderbetreuung, Freizeiteinrichtungen, Sportmöglichkeiten etc).

Schwerpunkte einer vernünftigen, auf ökologische Notwendigkeiten ausgerichteten Stadtplanung und Stadtentwicklung sollen nach Meinung der GRÜNEN sein:

- Zukunftsorientierte Erhaltung des Charakters und der Individualität der Stadt ist Leitlinie aller Stadtplanung
- Umsetzung ökologischer Maßstäbe bei der Stadtplanung
- Die Wirtschaftskraft der Stadt muss in den Bereichen Kur – Kongress – Gesundheit - Informations- und Kommunikationstechnologie gefördert werden
- Die Stadtplanung muss bürgerfreundlich und bürgernah sein, um die Lebensqualität aller Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und um deren Teilhabe an der kommunalen Entwicklung zu gewährleisten
- Der Bäderstatus von **BAD** Homburg soll erhalten bleiben.

ERHALTUNG DES CHARAKTERS UND DER INDIVIDUALITÄT DER STADT

Die Altstadt und die Ortskerne für die Bewohnerinnen und Bewohner attraktiver machen

Weit mehr als bisher muss sich die Stadt um ihre Sanierungsgebiete, die Altstadt sowie die Ortskerne von Dornholzhausen, Kirdorf, Gonzenheim, Ober-Eschbach und Ober-Erlenbach kümmern. Dabei muss die Erhaltung alter Bausubstanz Vorrang haben vor Abriss und Neubau. Gleichzeitig muss die finanzielle Unterstützung der Hausbesitzer, besonders für die ökologische und energiesparende Sanierung durch die Stadt noch ausgeweitet werden, um die Erhaltung alter Bausubstanz und deren fachmännische Renovierung auch für die eingesessenen Bewohnerinnen und Bewohner bezahlbar zu machen. Die Stadt darf nicht über Ortssatzungen festschreiben, wie renoviert und gebaut werden soll und sich gleichzeitig

weigern, finanzielle Zuschüsse zu gewähren. Von vorbildlich sanierten Ortskernen haben nicht nur deren Bewohner etwas, sondern die ganze Stadt gewinnt dadurch.

Es fehlt ein zentraler identifikationsstiftender Ort oder Platz in Bad Homburg, wie es der Kurhausvorplatz von seiner Lage her sein könnte. Leider erfüllt der Kurhausvorplatz diese Funktion nicht. Er dient nur als „Busbahnhof“. Auch in den Stadtteilen fehlt es weitgehend an funktionierenden, von der Bevölkerung angenommenen Plätzen. Die Entwicklung von Themenschwerpunkten für die einzelnen Plätze wie es beim Marktplatz der Fall ist, eben als Platz für den Markt, ist eine Möglichkeit, den Plätzen eine Funktion – ein Gesicht – zu geben. Wir fordern die Entwicklung von Konzepten, wie die einzelnen Plätze genutzt und in ihrer Platzfunktion aufgewertet werden können.

Im Übrigen war die Herrngasse früher beidseitig bebaut; sie war der zentrale Weg vom Alten Rathaus (von dem heute nur noch der Turm steht) zum Schloss. Dieser Bereich war praktisch auch das Zentrum der Stadt und hier befindet sich, so haben neuere Forschungen ergeben, wohl auch der ursprüngliche Kern von Bad Homburg.

Die Stadt muss sich auch intensiver um den Erhalt historischer Grünanlagen kümmern. Dazu zählt nicht nur der Kurpark sondern auch die historischen Vorgärten in der Kaiser-Friedrich-Promenade, Wiedereinführung der Vorgartensatzung, die städtische Grünanlage in der Berliner Siedlung sowie die Prinzengärten entlang der Tannenwaldallee.

Das Natur- und Baudenkmal Kleiner Tannenwald muss weiter entwickelt werden. Der Kleine Tannenwald ist aus historischer und denkmalpflegerischer Sicht ein Kleinod, das es zu erhalten gilt. Gleiches gilt für den Gustavsgarten (Neurologische Klinik).

Im einzelnen fordern DIE GRÜNEN, dass die Stadt Bad Homburg

baubiologische Aspekte bei Renovierungsmaßnahmen besonders berücksichtigt und fördert

1. ihr Vorkaufsrecht stärker nutzt, um Ortskerne zu bewahren
2. ihre eigenen Liegenschaften in Sanierungsgebieten fachgerecht renoviert und unterhält
3. Klassische Architektur auch der 50er und 60er Jahre soll unter Schutz gestellt werden.
4. durch die Sanierungsmaßnahmen die bisherige Sozialstruktur nicht verändert (das heißt, in den Ortskernen dürfen die Mieten nicht so teuer werden, dass sie für die ursprünglichen Bewohner nicht mehr tragbar sind)
5. in allen Sanierungsgebieten das jeweilige historische Straßenbild und nicht das Einzelhaus in den Vordergrund stellt
6. sich für die Erhaltung des historischen bzw. des gewachsenen Stadtbildes einsetzt
7. für historisch gewachsene Stadtgebiete oder für baugeschichtliche Straßenzüge oder Plätze einen Ensembleschutz vorsieht.
8. Bei Neubauten der Stadt Bad Homburg sollen die Gebäude im Energie-Plus-Standard gebaut werden.
9. Bei Neuplanungen sind die bestehenden Strukturen Bad Homburgs zu berücksichtigen (Maßhaltigkeit).
10. Neubauten sollten individuell gestaltet werden.

WOHNRAUM SCHAFFEN – WOHNRAUM ERHALTEN

Im innerstädtischen Bereich hat sich im Laufe der letzten Jahre die ursprüngliche Wohnstruktur grundlegend verändert. Wohnraum wird hier zu einer Ware, die einen möglichst hohen Preis erzielen soll. Dabei ist eine Wohnung kein Luxusgegenstand, sondern neben Gesundheit, Nahrung und Arbeit eine der wichtigsten Grundvoraussetzungen für menschliches Leben.

Gesundes, angemessenes Wohnen muss für jeden finanzierbar sein. Städtische Wohnungspolitik muss sich auch an den Bedürfnissen und finanziellen Möglichkeiten der Bewohner unserer Stadt mit niedrigem bis mittlerem Einkommen orientieren. Ein Mittel zur Umsetzung ist die Gründung einer stadteigenen Wohnungs- und Immobiliengesellschaft.

Denn neben den steigenden Mieten ist besonders die Wohnraumzerstörung für die in unserer Stadt wohnenden Menschen eine Bedrohung. Die Häuser werden nicht instand gehalten, bis sie eines Tages luxussaniert und in Eigentumswohnungen umgewandelt und verkauft werden (siehe Philipp-Reis-Straße).

Die Struktur einer Stadt wird nicht nur geprägt durch Gebäude und Straßen sondern auch durch das Netz sozialer Beziehungen

Zur Erhaltung der weiteren Innenstadt und des Kurbezirkes als Wohnbereich und zur Vergrößerung des Angebotes an günstigem Wohnraum fordern DIE GRÜNEN:

Die Stadt Bad Homburg soll ihr Sanierungsförderungsprogramm verstärken, in dessen Rahmen Zuschüsse und verbilligte Kredite für Renovierungsmaßnahmen an Miethäusern vergeben werden.

Die Stadt darf zukünftig keine Mietshäuser, wie sie dies in der Vergangenheit getan hat, mehr verkaufen. Denn als Eigentümerin von Wohnraum kann sie den Wohnungsmarkt sozial gerechter gestalten.

Umwandlung von genossenschaftlichen Mietwohnungen in Eigentumswohnungen ist absolut unsozial, entspricht in keiner Weise dem Genossenschaftsgedanken und wird von den GRÜNEN entschieden abgelehnt.

Die Stadt muss verhindern, dass bei Wohnungen des sozialen Wohnungsbaus die Sozialbindung entfällt. Dies kann durch die Gewährung von Renovierungsdarlehen oder -zuschüssen an entsprechende Wohnungsbaugesellschaften geschehen.

Nicht bebaute Grundstücke im besiedelten Bereich sollen behutsam bebaut werden (Schließung der Baulücken).

Kartierung untergenutzter Flächen, um sie einer dem Stadtbild entsprechenden Nutzung zuzuführen

Die Wohnungen sollen zunächst für Wohnungssuchende aus Bad Homburg reserviert werden, wobei die Zuschnitte der Wohnungen auf die geänderten Sozialstrukturen, wie die zunehmende Zahl von Single-Haushalten, Senioren und Alleinerziehenden, Rücksicht nehmen müssen. Unser besonderes Augenmerk gilt vor allem Familien mit mehreren Kindern, die in erster Linie auf preiswerte und ihre Bedürfnisse zugeschnittene Wohnungen angewiesen sind. Diese Wohnungen dürfen sich nicht ausschließlich nach dem Einheitsstandard „Küche, Wohnzimmer, Bad, Schlafzimmer, Kinderzimmer“ ausrichten

(flexible Grundrisse). Ähnliches gilt für Wohnungen, die älteren Menschen zur Verfügung gestellt werden müssen.

- Aufstellung einer Sanierungsplanung für städtische Wohnungen
- Bau von behindertengerechten und seniorengerechten Wohnungen
- Bereitstellung von Häusern für Projekte z. B. generationsübergreifendes Wohnen
- Wohnen für junge Menschen in Bad Homburg (Azubis, Studierende, Pflegekräfte und Erzieherinnen und Erzieher)
- Im Bereich des Wohnungsbaus sollen verstärkt günstige Single-Wohnungen für junge Menschen gebaut werden, um diese in Bad Homburg zu halten (gegen drohende „Vergreisung“ der Stadt).
- Die Stadt darf kein weiteres Grundvermögen – weder in den Ortskernen und der Innenstadt noch in den Außenbereichen – verkaufen. Nur so kann die Stadt in Zukunft die Entwicklung aktiv in ihrem Sinne beeinflussen.
- Städtische Grundstücke sollen nur in Erbpacht vergeben werden.
- Eine weitsichtige Bodenbevorratungspolitik muss heute schon Flächen für die Bedürfnisse auch zukünftiger Generationen sichern und darf nicht auf kurzfristigen Gewinn abzielen.
- Die Stadt soll eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft gründen, um die Wohnungsversorgung vor allem der Bad Homburger Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.
- Bauen mit den Bürgerinnen und Bürgern
- die Baubehörde als Servicebehörde

UMSETZUNG ÖKOLOGISCHER MASSTÄBE IN DER STADTPLANUNG

- In Bad Homburg sollen die Bereiche Wohnen/Einkaufen/Arbeiten miteinander in Einklang stehen.
- Die beiden großen städtischen Grünzüge sollen gestärkt und entwickelt werden
- Alle Außenbereiche sollen als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen werden. Die Grünzüge sollen erhalten bleiben. Im Außenbereich soll es keine weitere Bebauung geben. Die Grenzen des Außenwachstums sind erreicht, das heißt auch, dass rechts und links der neunten Hochtaunuskliniken nichts mehr gebaut werden darf.

ÖKOLOGISCHE ASPEKTE BEI DER STADTPLANUNG UND STADTGESTALTUNG BEACHTEN

Auch die bisherige Bauweise hat sich in sozialer, gesundheitlicher wie auch energietechnischer Hinsicht als fragwürdig erwiesen. Stadtplanung muss vielmehr ein miteinander Leben in gesunder Wohnumwelt (innerhalb und außerhalb der Wohnungen) bei möglichst geringem Energie- und Wasserverbrauch anstreben.

Aus diesen Überlegungen ergeben sich folgende konkrete Zielsetzungen und Forderungen:

- Schwerpunkte einer auf ökologische Maßstäbe ausgerichteten Stadtplanung und Stadtentwicklung sollen die Einrichtung von Wohn- und Spielstraßen und die Verkehrsberuhigung (Tempo 30) sein sowie
- mehr Grün in der ganzen Stadt, zum Beispiel auch Dach- und Fassadenbegrünung von Wohn-, Verwaltungs- und Bürogebäuden aber auch Parkhäusern und ähnlichem
- Die Kleingartenanlagen sind neben ihrer Funktion als Freizeit und Erholungsflächen für ihre Besitzer grüne Lungen unserer Stadt und müssen wohnortnah erhalten bleiben. Wir wollen daher alle Kleingartenanlagen planungsrechtlich als Dauerkleingärten ausweisen. Eine solche Nutzungsfestlegung schützt die Anlagen vor Bebauung und sichert die Kleingartennutzung auf Jahrzehnte.
- mehr Baumanpflanzungen an Straßen und Plätzen anstelle von Kübelbäumen z.B. Fußgängerzonen mit Baumscheiben und eingegrüntem Sitzgruppen.
- Schaffung ökologischer Nischen mit heimischer Bepflanzung
- Berücksichtigung von baubiologischen Aspekten bei Renovierung und Neubauten. Das heißt, etwa bei der Renovierung von Fachwerkhäusern sollten möglichst die gleichen natürlichen Baumaterialien verwendet werden.
Moderne Wärmedämmplatten etwa führen auf Dauer bei Fachwerkhäusern zu schweren Holzschäden.
- In den Hauptverkehrsstraßen mit überwiegend Wohnbevölkerung soll nachts Tempo 30 gelten.
- Fortführung des Förderprogramms Solardächer Bad Homburg sowie der Sanierung von Gebäuden mit nachhaltigen Dämmstoffen
- Erweiterung des Kurhausgartens über die Promenade zum Kurpark (Lärm- und Abgasminimierung.)

Ökologisches Bauen muss der wichtigste Bestandteil städtischer Baupolitik werden. Ziel des nachhaltigen und ökologischen Bauens ist es, durch ein klimagerechtes, energiesparendes Gebäudekonzept, durch die Begrünung von Dächern und Fassaden und durch die Ausbildung von Erdabdeckungen der Gebäudedächer als natürlichen Schutz gegen Kälte und Wind ein ökologisch orientiertes gesundes Wohnen ohne Heizungsenergieverbrauch zu ermöglichen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen Bebauungspläne aufgestellt werden, die folgende Einzelmaßnahmen vorsehen:

- Vermeidung von Flächenversiegelung für Zufahrten, Parkplätze und Wege
- Einsparung des Regenwasserkanalanschlusses durch Wasserspeicherung in Vegetationssystemen (Dach, Garten und Versickerung), Anlage von Teichen als Regenauffangbecken oder Nutzung des Regenwassers für Bewässerung, Toilettenspülung und Waschmaschine
- Für alle Bebauungspläne müssen integrierte Regenwasserbewirtschaftungspläne und Energiesparmaßnahmen entwickelt werden.
- Die Dächer sollen mit thermischen Solaranlagen bestückt werden, falls dies nicht möglich ist, soll das Dach begrünt werden.

- Windschutzpflanzungen und Fassadenbegrünung am Haus, um den Wärmeverlust des Hauses zu reduzieren
- passive und aktive Sonnenenergienutzung durch Orientierung der Bebauung zur Sonne
- ausreichende thermische Speichermassen in Räumen
- Förderung von Energie-Plus-Häusern, auch bei öffentlichen Bauten
- Verwendung von umweltfreundlichen und nachhaltigen Baustoffen, z. B. Umgestaltung der unteren Fußgängerzone mit einheimischen Baustoffen.
- Energieeinsparung durch Wärmerückgewinnung bei allen Entlüftungsanlagen und beim Haushaltsabwasser

ATTRAKTIVITÄTSSTEIGERUNG DER EINKAUFSTADT

Damit die Kaufkraft in Bad Homburg bleibt, benötigen wir in der Innenstadt eine breite Angebotspalette. Der bestehenden Angebotsarmut in manchen Branchen ist entgegenzuwirken. Dies macht Bad Homburg nicht nur für die Kurgäste sondern auch für das Umland als Einkaufsstadt attraktiv. Wir treten für eine konsequente Umgestaltung der gesamten Louisenstraße ein.

Zu einer Attraktivitätssteigerung der Innenstadt können aus unserer Sicht beitragen

- samstags Kinderbetreuung im Kurhaus
- Förderung einer breit gefächerten Angebotspalette
- Neugestaltung des Kurhausvorplatzes
- Parallel zur Aufwertung der gesamten Louisenstraße und des Schulbergs müssen auch die Seitenstraßen gestalterisch weiter aufgewertet und als Wohn- und Einkaufsbereiche attraktiv gemacht werden
- Fassadengestaltung
- Einführung von City Logistik, damit der LKW-Verkehr aus der Fußgängerzone weitestgehend herausgehalten wird
- Ausbau des Personennahverkehrs
- Radwegekonzept umsetzen
- Fahrradständer in der Innenstadt
- innerstädtische Fußwegebeziehungen verbessern
- Zentrenkonzept, z. B. Kirdorf, der Nahversorger soll in der Kirdorfer Str. bleiben.

DIE STADTPLANUNG MUSS BÜRGERFREUNDLICH UND BÜRGERNAH SEIN, UM DIE LEBENSQUALITÄT ALLER BÜRGERINNEN UND BÜRGER ZU VERBESSERN

- Die Innenstadt muss durch verstärkte Wohnnutzung wieder ein sozialer Treffpunkt werden. Daher müssen hier soziale Einrichtungen geschaffen werden: ein Seniorentreffpunkt, eine Spielstube, mehr Spielplätze. Im verdichteten Stadtgebiet müssen urbane Bereiche, Wohnhöfe, halböffentliche Bereiche geschaffen werden, wo

gerade alte Menschen bessere Lebens- und Kommunikationsmöglichkeiten finden. Der Anteil der Bruttobürofläche in der Innenstadt soll nicht ausgeweitet werden.

- Es muss ein übergeordnetes Ziel sein, die Verdrängung alteingesessener Bewohner durch geeignete städtische Maßnahmen zu verhindern.

Aktuelle Baupolitik - Umsetzung jetzt!

- Bahnhofsumfeld neu gestalten: Kino, Move&Groove Center, Basler Erweiterung/Hotel, technisches Rathaus, Archiv, Zentraler Omnibus Bahnhof.
- Schaffung von bezahlbarem Wohnraum (Hühnerstein, Bornberg, Baulücken)
- Konversion von Gewerbeflächen - Leerstehende Bürogebäude in Wohnungen umwandeln, z. B. Lilly, Atzelnest...
- Junges Wohnen z.B. altes DRK Schwesternhaus in der Friedrichstraße
- Der alte Standort der Hochtaunuskliniken wird in ein Wohngebiet umgewandelt.
- Auf dem ehemaligen Vickers-Gelände soll eine Sporthalle gebaut werden, zudem soll dort die Pestalozzischule gebaut werden. Falls der Kreis dort nicht baut, soll dort ein Wohngebiet entstehen.
- Die Pestalozzischulerweiterung soll in diesem Falle auf dem Gelände der alten Feuerwache entstehen.
- Auf dem alten Stadtwerkegelände soll eine Geschäfts- (Nahversorger) und Wohnbebauung entstehen.
- Kauf der ehemaligen Neurologischen Klinik (Gustavsgarten) - Wiederherstellung der Parklandschaft.
- Auf dem Plätzenberg soll keine weitere Bebauung stattfinden.
- Keine Erweiterung der Kurhausgarage im Kurhausgarten
- Intensivere Beplanung von Baulücken.

7. STADTEILE

Eine Stadt lebt in ihrer Gesamtheit, also mit allen Stadtteilen, die sie hat. Wenn auch oft der Fokus des politischen Engagements und der Verwaltungstätigkeit auf den Innenstadtbereich zu fallen scheint, achten DIE GRÜNEN in Bad Homburg neben der Innenstadt auch auf ihre fünf Stadtteile: **Dornholzhausen, Gonzenheim, Kirdorf, Ober-Erlenbach und Ober-Eschbach**. Gerade hier zeigt sich ganz stark lokale Historie, und man kann in Bad Homburg stolz sein, wie jeder dieser Stadtteile sich eine lebendige Eigenständigkeit erhalten hat. Daher fällt das Augenmerk der GRÜNEN natürlich auch auf die Stadtteile und deren Bürger, die dort leben, diese Stadtteile prägen und mit ihrem ehrenamtlichen Engagement mit Leben füllen.

- Für DIE GRÜNEN ist es, nachdem die Feuerwache in der Innenstadt einen so effizienten Neubau erhalten hat, von absoluter Priorität, auch die Feuerwehren in den Stadtteilen möglichst optimal auszustatten. Hierbei geht es an erster Stelle um den Sicherheitsschutz der Bürger in den Stadtteilen. Es geht aber auch um die Achtung all der Ehrenamtlichkeit bei den Feuerwehren. Gerade in den Stadtteilen sind diese auf rein ehrenamtlicher Basis aufgebaut, und da versteht es sich von selbst, auf die ehrenamtliche Tätigkeit nicht nur die gesetzlichen Vorschriften anzuwenden, sondern darüber hinaus natürlich noch mehr zu tun.

Insbesondere in den Stadtteilen Ober-Eschbach, Ober Erlenbach, Dornholzhausen und Kirdorf muss nachgerüstet bzw. erneuert werden. So müssen dort neue Feuerwachen gebaut werden, da die neuen Feuerwehrautos, die angeschafft werden müssen, aufgrund ihrer Größe nicht mehr in die bestehenden Feuerwehrgerätehäuser hineinpassen. Das Gerätehaus in Gonzenheim bedarf einer Sanierung.

- Was die Vereinshäuser bzw. Bürgerhäuser in den Stadtteilen anbelangt, besteht großer Handlungsbedarf in Kirdorf und Dornholzhausen. In Dornholzhausen sind DIE GRÜNEN für einen Neubau, der natürlich weitaus größer sein wird als das Leistungsvermögen des jetzigen Gebäudes. In Kirdorf muss das Bürgerhaus unbedingt grundsaniert werden, damit die teilweise nicht mehr zumutbaren Zustände für die Vereine ein Ende haben. Was in diesen beiden Ortsteilen bezüglich dieser Häuser geschehen muss, dient dazu, das Vereinsleben zu unterstützen und den Bürgern dieser Stadtteile die Möglichkeit zu geben, sich vor Ort versammeln zu können, vor Ort feiern zu können.

- Neubau des Kindergartens und der Krippe in Dornholzhausen und kurzfristige Einrichtung einer neuen Hortgruppe im Bertha-von-Suttner-Haus sowie Neubau einer Betreuungseinrichtung an und in Zusammenarbeit mit der Grundschule (Standort Alte Feuerwache)

- Der Oberhof in Ober-Erlenbach ist ein vielfach nutzbares Gehöft, das allein aufgrund seines historischen Bauwerks sowohl schützenswert ist als auch einer sinnvollen Nutzung zugeführt werden soll. DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die Stadt – in welcher Form auch immer – die Handlungshoheit bzgl. der Nutzung und Gestaltung behält und mit dem Verein „Lebensraum Oberhof“ ein gemeinsames Konzept umsetzt.

- Die Verkehrsberuhigung in Ober-Eschbach und Ober-Erlenbach muss weiter vorangetrieben werden. Die bisher durchgeführten Maßnahmen sind wichtige Schritte aber längst noch nicht ausreichend.

Die Lösung der Problematik an der PPR-Keuzung in Dornholzhausen wird von den GRÜNEN, soweit dies von städtischer Seite möglich ist, unterstützt, wobei nicht zu vergessen ist, dass sowohl der Hochtaunuskreis als auch der Bund in diesem Projekt maßgebend sind.

- Jeder Stadtteil in Bad Homburg hat einen Stadtteilstadtfriedhof mit einer dazugehörigen Friedhofskapelle. Wurden bereits in Ober-Eschbach und Ober-Erlenbach die Friedhofskapellen grundsaniert, so muss auch in Kirdorf und Gonzenheim gehandelt werden. In Kirdorf muss über eine Lösung nachgedacht werden, dass bei größeren Trauerfeierlichkeiten genügend Raum für die Trauergäste vorhanden ist. Absolut notwendig ist für DIE GRÜNEN die Sanierung der Trauerhalle in Gonzenheim, die vor mehr als fünfzig Jahren erbaut und seitdem nicht mehr renoviert wurde, abgesehen von ein paar Minimalreparaturen.

- Der Gunzoplatz in Gonzenheim kann nicht völlig neu gestaltet werden. DIE GRÜNEN

setzen sich dafür ein, dass eine bessere Nutzungsmöglichkeit geschaffen wird, die auch eine optische Verbesserung dieses Stadtteilplatzes beinhalten soll.

- Nach einem Neubau der Feuerwache in Ober-Eschbach müssen wir die Chance nutzen, das Alte Rathaus zusammen mit der jetzigen Feuerwache zu einem attraktiven Treffpunkt für die Ober-Eschbacher zu entwickeln.

8. UMWELT

Eine kommunale Politik der Umweltvorsorge erfordert die Entwicklung von Zielsetzungen bzw. Umweltqualitätsstandards, in die die natürlichen Lebensgrundlagen als hervorragendes Schutzgut in alle wichtigen kommunalen Planungen, Entscheidungen und Handlungen einbezogen werden müssen. Die bisher in Bad Homburg von CDU und FDP praktizierte Politik leistet diese Querschnittsaufgabe jedoch bei weitem nicht.

Besonders in einer Zeit in der verschiedenste Ressourcen immer knapper werden, muss auch die Stadt Bad Homburg auf ihren Umgang mit diesen in Einklang mit der Natur achten.

Auch der Energieverbrauch in der Welt steigt und so sollte auch die Stadt Bad Homburg sich in diesem Bereich trauen, einen wichtigen Schritt in die Zukunft zu machen und ausschließlich auf erneuerbare Energien setzen.

Stadtökologie ist machbar!

Ökologisch angepasste Handlungsstrategien für die Organisation und Entwicklung des Gemeinwesens Stadt zu entwerfen und zu begründen ist Aufgabe der Stadtökologie. Die Vielfalt der Umweltfolgen erfordert ein Handeln in fast allen traditionellen Aufgabengebieten der Kommunalverwaltung. Grundsätzlich lassen sich die folgenden Handlungsfelder unterscheiden:

die Gefahrenabwehr und Umweltsanierung bzw. der Umweltschutz mittels ordnungsbehördlicher Eingriffs-, Durchsetzungs- und Ahndungsaufgaben

die umweltverträgliche Ausführung im Rahmen kommunaler Aufgaben und

die Umweltvorsorge bzw. die Umweltplanung

Ökologie und Ökonomie sind hierbei keine Gegensätze. Erfolgreiches Wirtschaften ist letzten Endes nur in einer gesunden Umwelt möglich. Besonders im Bereich regenerative Technologien sind Investitionen - auch ökonomisch - sinnvoll, so bringt eine solarthermische Anlage auch Einkommens- und Gewerbesteuern.

Eine Politik hemmungslosen Wachstums hat in den letzten vierzig Jahren zur weitgehenden Zerstörung geschlossener natürlicher Lebensräume geführt. Nur eine Abkehr von der Energieverschwendung, von der Verschmutzung unseres Lebensraums und von der Ausbeutung unserer Wasservorräte wird zur Erhaltung und Regeneration des lebens- und lebenswerten Vordertaunusbereichs führen. Für DIE GRÜNEN hat eine diesen Zielen verpflichtete Umweltpolitik im kommunalen Bereich weiterhin allerhöchste Priorität.

Zwar sind Umweltprobleme, wie etwa das der Luftverschmutzung, nicht allein in einer Kommune zu lösen - es gibt jedoch eine Vielzahl umweltpolitischer Themen, bei denen eine

Stadt wie Bad Homburg aktiv werden muss.

DIE GRÜNEN fordern in den folgenden Bereichen eine aktivere Umweltpolitik für Bad Homburg:

- Wasser
- Natur- und Landschaftsschutz
- Müllvermeidung und -verminderung
- städtisches Grün
- Lärminderung
- Luftreinhaltung
- Energie
- Gentechnik

WASSER

"Wasser ist eine essentielle Voraussetzung für menschliche Gesundheit und menschliches Wohlergehen; Wasser ist die Heimat für ein Universum von Leben; Wasser ist Hauptbestandteil der Umwelt. Unter allen Ressourcen ist Wasser dank der Vielfalt seiner Eigenschaften und Verwendungszwecke sowie seines Wertes einzigartig."

Dieses, nun schon etwas ältere, aber unvermindert gültige, Zitat aus "Global 2000" zeigt kurz gefasst den Wert des Wassers als entscheidende Grundlage allen irdischen Lebens auf. Wasser ist nicht nur unentbehrlicher Grundstoff für die Erzeugung von Nahrungsmitteln wie für viele technische Produkte, es ist **das** Nahrungsmittel, auf das niemand verzichten kann.

Wie ist es nun um die unentbehrliche Ressource Wasser in Bad Homburg bestellt?

1. Bestandsaufnahme

Dem Schutz des Trinkwassers sollte in Bad Homburg nicht nur deshalb eine hervorragende Bedeutung zukommen, weil es das Lebensmittel Nr. 1 für die Bevölkerung darstellt, sondern weil es auch in Form der Heilquellen Grundlage für den Kurbetrieb und damit für einen wichtigen Wirtschafts- und Imagefaktor der Stadt ist.

Die Trinkwasserversorgung Bad Homburgs erfolgt über die Hauptvorkommen Elisabethen- und Braumannsstollen für die Verbraucher nördlich der Kisseleffstraße sowie das Wasserwerk Lange Meile für die südlichen Stadtteile. Bei weiterhin auf hohem Niveau konstantem oder gar steigendem Verbrauch ist aus allen städtischen Brunnen die ausreichende Bereitstellung unbedenklichen Trinkwassers schon heute nicht mehr zu bestreiten. Substantielle Wassermengen müssen aus dem Vogelsberg mit allen negativen Folgen dort herangepumpt werden.

In Bad Homburg versickert durch immer mehr Bebauung und Zerstörung der Umwelt auch immer weniger Wasser, so dass der Grundwasserspiegel nicht gleich bleibt, sondern sinkt.

Um gleich bleibende Trinkwassermengen anbieten zu können, wird Grundwasser aus tiefen Grundwasserschichten abgepumpt oder über kilometerlange Taunusstollen entnommen, was eine weiträumige Trockenlegung der Einzugsgebiete mit allen negativen Folgen (Vegetations- und Gebäudeschäden, Austrocknen der Bäche im Sommer etc.) nach sich zieht.

Aber auch die Qualität unseres Trinkwassers ist bedroht: Diese wird durch Eintrag von

gesundheitlich bedenklichen, Krebsfördernden Chlorkohlenwasserstoffen ("CKW's" - Bestandteile industrieller Lösungsmittel) und Nitraten aus Kunstdünger sowie durch verunreinigte Niederschläge wie dem sauren Regen und dessen Folgen wie die Auswaschung sonst unlöslicher natürlicher Bodenbestandteile wie Aluminium und Mobilisierung von Schwermetallimmissionen, z.B. Zink, Kupfer, Blei gemindert. Der Nitratgehalt des aus dem stark genutzten Tiefbrunnen "Lange Meile" geförderten Grundwassers erfordert nach wie vor eine chemische Behandlung, bevor es als Trinkwasser an die Bad Homburger Haushalte abgegeben werden kann.

Weitere Großverschmutzer der Bäche (wie auch zum Teil der Luft) sind nach wie vor die kommunalen Klärwerke in Ober-Eschbach und Ober-Erlenbach. Der amtlichen Gewässergütekarte ist zu entnehmen, dass sich die Gewässergüteparameter hinter dem Auslauf der Kläranlagen drastisch verschlechtern. In der Vergangenheit wurden zwar beide Klärwerke mit Millionenaufwand modernisiert, dennoch sind - auch angesichts der steigenden Zahl der angeschlossenen Haushalte und Gewerbebetriebe - weitere Investitionen notwendig, um die Bachbiotope wiederherzustellen. Die besonders in Ober-Erlenbach spürbare Geruchsbelästigung entspricht schon lange nicht mehr dem Stand der Technik und ist daher völlig inakzeptabel.

2. Forderungen

Nachfolgend aufgeführt sind die nach Meinung der GRÜNEN Bad Homburg notwendigen Maßnahmen zur Sicherung unseres Trinkwassers, zur Sanierung der Bäche und verbesserten Behandlung des Abwassers. Prinzipiell muss das Verursacherprinzip als Zwang und ökonomischer Anreiz gelten, die Umweltressourcen schonender in Anspruch zu nehmen.

- Erstellung eines Gesamtgutachtens „Wasser in Bad Homburg“ mit einem Verzeichnis aller Quellen, Brunnen, Abwasserleitungen, potentieller Verschmutzer, Entwicklung der Mengen (Altdeponien etc.) geförderten und abgeleiteten Wassers und seiner Qualität
- Überprüfung und evtl. Einschränkung privater Wasserrechte (beispielsweise zur Beregnung)
- Erhaltung und Schaffung von Versickerungsflächen und Retentionsräumen
- Verbot der Ausbringung von Dünger und Chemikalien in Trinkwassergewinnungszonen, d.h. nur naturnahe landwirtschaftliche Produktion in erweiterten Wassereinzugsgebieten
- grundsätzliches Anwendungsverbot aller Grundwasser gefährdenden Pestizide;
- Einbau von Wasserspareinrichtungen in allen städtischen Gebäuden wie z.B. Einbau von wassersparenden Armaturen
- Bezuschussung privater Initiativen und Projekte zum Wassersparen (Regenwasseranlagen)
- Durchführung eines Kooperationsprojektes mit den örtlichen Landwirten zur Verminderung des Stickstoffeintrags (Nitrat) ins Grundwasser
- Die Stadt unternimmt alle Anstrengungen, um die eigene kommunale Wasserversorgung aus eigenen Gewinnungsanlagen durch die Stadtwerke zu sichern und unabhängig zu halten (gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit Oberursel und Friedrichsdorf).

- Fortführung der Bachrenaturierungen im Stadtgebiet
- Brauchwasser

Wasser wird auch in unserer Region immer wertvoller und knapper.

Auch wir sollten in Zukunft noch mehr auf unseren Wasserverbrauch achten.

Um Wasser besser nutzen zu können wollen DIE GRÜNEN Bad Homburg in Zukunft mehr mit Brauchwasser arbeiten.

So könnte man in Neubauten der Stadt, Brauchwasserleitung verlegen, um so zum Beispiel die Toilettenspülung zu betreiben und gleichzeitig "sauberes Wasser" sparen.

Wir fordern deswegen:

- in allen Neubauten der Stadt ein Brauchwassersystem zu integrieren
- Förderung von Brauchwassersystemen auch in privaten Neubauten
- Regenwassernutzung in allen städtischen Gebäuden

NATUR- UND LANDSCHAFTSSCHUTZ

Der Grüngürtel um unsere Stadt ist der zunehmenden Zerstörung u. a. durch den Neubau des Krankenhauses ausgesetzt.

DIE GRÜNEN wollen diese weitere Zerstörung von immer mehr Natur nicht mehr in Kauf nehmen und den Umweltschutz wieder in Bad Homburg nach vorne bringen.

Es muss sich in der Homburger Politik endlich die Erkenntnis durchsetzen, dass der Boden unser am stärksten gefährdeter Lebensraum ist, dass er nicht erneuerbar, nicht vermehrbar und ungleich schwerer zu reinigen ist als Wasser und Luft. Daher nimmt der Schutz unseres Bodens einen hohen Stellenwert in GRÜNER Politik ein.

Die Grünen fordern:

- Erarbeitung eines Bodenschutzplans für die noch vorhandenen Grüngürtel
- Landschaftsschutzplanung für die Bereiche an den Tiefenbachwiesen, den Braumannswiesen und dem Dornbach
- Anlage von Schul- und Lehrgärten an Schulen und Kindergärten
- Keine weitere Antastung jeglicher Grüngürtel
- Weitere Maßnahmen zur Rettung und Verbreitung von Obstbäumen und -wiesen; ein gutes Beispiel sind hier die IKF und die Hegegemeinschaft
- Vernetzung vorhandener Biotope

Feldschütze/Feldhüter

Bad Homburg besitzt viele schönen Naturflächen, Schutzgebiete und Felder, um die sich gekümmert werden muss, deshalb sollte die Stadt sich darüber Gedanken machen, ob die Stelle eines Feldschützen nicht sinnvoll wäre.

Dieser könnte sich um das Gelände kümmern und es beaufsichtigen, damit es in einem guten Zustand erhalten werden kann.

Einstellung eines Feldschützen

Bäche in Bad Homburg

In Bad Homburg gibt es zwar keinen Fluss, aber viele Bäche, die oft, gerade weil sie kanalisiert werden, in Vergessenheit geraten.

Wir als GRÜNE halten diese Bäche für wertvolles Naturgut und wollen sie besser schützen.

Wir fordern:

- Aufstellung einer Bachsatzung zum Schutz der Bad Homburger Bachtäler
- keine weitere Überbauung von Bächen. Es sollte sogar über einzelne Freilegungen von Bächen nachgedacht werden.

Wälder in Bad Homburg:

Bad Homburg bewirtschaftet seinen Wald selbst, und wir alle wissen, wie wichtig Wälder für die Herstellung von Sauerstoff sind.

DIE GRÜNEN legen deswegen auch ein besonderes Augenmerk auf unseren Stadtwald, der neben Bäumen natürlich auch einige heimische Tiere beheimatet.

Für den Bad Homburger Stadtwald stellen wir deshalb folgende Forderungen auf.

- Verzicht auf die Anlage von Fichtenmonokulturen und Bewirtschaftung des Waldes nach naturnahen Grundsätzen mit dem Ziel, artenreiche und stabile Wälder zu bekommen.
- völliger Verzicht auf Kahlschläge unter sinnvoller Ausnutzung der natürlichen Verjüngung mit standortgerechten, d.h. heimischen, Baumarten aufforsten
- völliger Verzicht auf Chemikalien bei der Waldbewirtschaftung
- keinen weiteren Waldwegebau
- Aufbau von ökologisch stabilen Waldrändern
- Bereitstellung von finanziellen Mitteln für eine entsprechende sachliche und personelle Ausstattung zur Erreichung dieser Ziele
- Voraussetzung für den naturnahen Waldbau ist der Aufwuchs der Naturverjüngung. Deshalb muss der Wildbestand sofort dem natürlichen Nahrungsangebot angepasst werden.

MÜLLVERMEIDUNG UND -VERMINDERUNG

Hier und auch sonst auf der Welt entstehen immer mehr Müll, der irgendwie beseitigt werden muss und dies am besten auf einem ökologischen Weg. Insgesamt steigen die Müllentsorgungskosten immer noch an.

Um die Probleme der übermäßigen Abfallerzeugung und -beseitigung in unserer Stadt anzugehen, setzen sich DIE GRÜNEN für die Verwirklichung folgender Maßnahmen ein:

- freiwillige Einführung einer Biotonne in Bad Homburger Haushalten , so kann kompostierbarer Müll leicht und kostengünstig entsorgt werden.
- bessere und flächendeckende Mülltrennung
- Wiederverwertung von Wertstoffen
- umweltfreundliche Beseitigung nicht rückführbarer unvermeidlicher Abfälle
- bessere Information über gegenüber den Bürgern
- Vorbildfunktion der Stadt in Sachen Mülltrennung, unter anderem getrennte Mülleimer auf der Louisenstraße etc.
- umweltfreundliches, klimaneutrales und abfallarmes Beschaffungswesen bei der

Stadtverwaltung

Unser Müll in Zukunft:

- Die Biotonne. Ihre Einführung ist die wesentliche Maßnahme, um die zu deponierende oder zu verbrennende Restmüllmenge zu reduzieren. Sie erhält die organischen Küchen- und Gartenabfälle. Grundvoraussetzung der Verwertung dieser Stoffe ist ein hoher Reinheitsgrad. So eignen sich diese Stoffe hervorragend zur Kompostierung, wie uns landauf und landab vorgeführt wird. Es ist völlig unverständlich, warum CDU und FDP in Bad Homburg immer noch keinen Initiativen zur Einführung der Bioabfallsammlung zustimmen will. Gerade aufgrund seiner Siedlungsstruktur mit einem maßgeblichen Anteil an Häusern mit Garten, wäre die Einführung einer Biomüllgetrennsammlung mit Gratifikation für Selbstkompostierer über die Abfallgebühren ein Erfolg gegen die anwachsenden Müllmengen.
- Die zweite Tonne. Sie enthält den Restmüll. Dieser darf aber durch keinerlei Giftstoffe belastet werden und kann dadurch umweltfreundlich deponiert werden.
- Der gelbe Sack ist weiter für die Einsammlung von Plastik gedacht.
- Beibehaltung der Container für die Einsammlung von Glas

Ergänzend erfolgt regelmäßig die Einsammlung von Sperrmüll, Giftmüll und Gartenabfällen. Für die Einsammlung von Giftmüll werden aufgrund der schlechten Sammelquoten im bisherigen System Abgabestellen an Bau- und Recyclinghöfen mit kundenfreundlichen Öffnungszeiten eingerichtet. Die personellen und infrastrukturellen Voraussetzungen sind unmittelbar zu schaffen (Einstellung einer/s Chemielaborantin/en und Einrichtung eines Zwischenlagers im Bauhof)

Außerdem führt die Stadt Bad Homburg folgende Maßnahmen durch:

- progressive Staffelung der Abfallgebühren - keine Rabatte mehr für Müllgroßproduzenten
- Prüfung eines Wertmarken- bzw. Wiegesystems bei der Tonnenabfuhr. Auf Wunsch werden die Tonnen etwa nur alle zwei Wochen geleert mit entsprechenden Gebührennachlässen
- Einrichtung von Sperrmüll- und Recycling-Börsen bzw. Mitarbeit an bereits bestehenden
- enge Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden, etwa der Stadt Frankfurt, um gemeinsame Anlagen zu betreiben und den Absatz der Wertstoffe zu gewährleisten
- Unterstützung und Koordination privater Recyclingvorhaben

STÄDTISCHES GRÜN - FÜR EINE GRÜNE STADT

Bäume, Büsche, Vorgärten und Wiesen sind als innerstädtisches Grün starken Belastungen ausgesetzt. Auspuffgase, Bodenverdichtung, Streusalz sowie so genannte Pflegemaßnahmen mit Chemikalien und mehr muss unser städtisches Grün aushalten.

Von einer grünen Stadt mit Alleen, schattigen Hinterhöfen und zahlreichen Gartenwirtschaften ist Bad Homburg in den letzten Jahren in vielen Bereichen zu einer Stadt wie dutzend andere in Deutschland geworden: autogerecht, funktional und an manchen Stellen schlicht charakterlos und chaotisch. Städtisches Grün, wurde seit Jahren in Bad Homburg

vernachlässigt.

DIE GRÜNEN wollen ihm im Stadtparlament wieder zu mehr Beachtung verhelfen.

Es gibt wohl keinen Bereich der Umweltpolitik, in denen eine Kommune so aktiv sein kann wie im Bereich "Städtisches Grün", wo nebenbei mit der Vielzahl der Aufgaben auch etliche Arbeitsplätze geschaffen und gesichert werden. Aus diesem Grund gehen DIE GRÜNEN auch sehr ausführlich auf diesen Punkt ein.

GRÜNE Forderungen für eine Verbesserung der Situation des städtischen Grüns sind im Einzelnen:

- Vergrößerung der Baumscheiben an den Straßen, um den Bäumen mehr Luft und Wasser zu verschaffen
- Erhöhung der Baumscheibeneinfassungen, um ein Auffahren von Pkws zu verhindern
- wesentliche Erhöhung der Mittel zur Anpflanzung neuer Straßenbäume
- verstärkte Überwachung der Einhaltung der Baumschutzsatzung und restriktivere Handhabung derselben; Erhöhung des Bußgeldes bei Verstößen gegen die Satzung
- Aufnahme von Obstbäumen in die Baumschutzsatzung mit der Maßgabe, dass nach dem Fällen eines Obstbaumes dieser durch einen gleichwertigen neuen ersetzt werden muss
- Anlage eines Baumkatasters zur Sicherung des städtischen Baumbestandes, um rechtzeitig Ersatz anpflanzen und die Einhaltung der Baumschutzsatzung besser überwachen zu können
- Verzicht auf Unkraut- und Insektenvernichtungsmittel
- keine Verwendung von Torf, sondern Komposterde und Rindenhumus
- ökologische Zellen und Nischen wie Randstreifen, Gräben, Mauern, Böschungen und begrünte Hinterhöfe anzulegen und seitens der Stadt zu fördern
- Dach- sowie Fassadenbegrünungen seitens der Stadt durchzuführen bzw. zu fördern
- eine Verkehrsberuhigung rund um den Kurpark, um diesen wieder attraktiver für Erholungssuchende zu machen
- Einrichtung einer Umweltzone Kurbezirk

LÄRMMINDERUNG - DIE KURSTADT BRAUCHT RUHE

Lärm beeinträchtigt das subjektive Wohlbefinden des Menschen am empfindlichsten. In unserer ganzen Stadt hat der Lärm vor allem durch den stärkeren Verkehr drastisch zugenommen. Zur Verbesserung schlagen wir deshalb folgende Maßnahmen vor:

- Flächendeckende Verkehrsberuhigung und Tempo 30 mit der Einrichtung von Wohn- und Spielstraßen - Tempo 30 soll künftig zur generellen städtischen Geschwindigkeitsbegrenzung werden, Tempo 50 ist dann nur noch dort erlaubt, wo es gesondert ausgewiesen ist (Hauptverkehrsachsen)
- Förderung des lärmfreien Verkehrsmittels Fahrrad
- leisere Busse ggf. mit Hybrid- und Erdgasantrieb
- Anpflanzung von mehr Straßenbäumen und Büschen, die im Sommer wesentlich zur (Verkehrs-)Lärmbehinderung beitragen

- häufigere Geschwindigkeitskontrollen

Außerdem sprechen sich DIE GRÜNEN für eine Verkehrsminderung auf der Kaiser-Friedrich-Promenade aus, um so den Lärm in der Innenstadt zu regulieren und die Luft zu verbessern.

LUFTREINHALTUNG - CHAMPAGNERLUFT FÜR ALLE

Die Luftverschmutzung ist neben der Wasserverschmutzung und der Bodenvernichtung eine weitere gravierende Art der Umweltbelastung in der Bundesrepublik. Von der einst werbeträchtig, historisch belegten Homburger Champagnerluft ist nicht mehr viel zu spüren, obwohl es vielen anderen Gemeinden sicher noch wesentlich schlechter geht. In Bad Homburg trägt als Luftverpester Nr. 1 hierzu das Kraftfahrzeug bei .

Dies gefährdet vor allem inzwischen unseren Status als Kurstadt, weil die Luftqualität sich wirklich in den letzten Jahren so sehr verschlechtert hat. Es gilt Alarmstufe rot für den Bäderstatus! In den nächsten Jahren werden die Grenzwerte im Rahmen der Zertifizierung von Kurstädten weiter gesenkt werden. Daher müssen schon jetzt durchgreifende Maßnahmen zur Luftreinhaltung eingeleitet werden, um unseren Kurstadt-Status bei der nächsten Prädikatisierung nicht zu verlieren.

Dringend muss die Stadt etwas gegen diese Problem tun, DIE GRÜNEN fordern daher:

- Einrichtung einer mobilen Luftmessstelle, um an Verkehrsbrennpunkten die Luftverschmutzung messen und ggf. Maßnahmen einleiten zu können
- eine Verkehrsminderung auf der Kaiser-Friedrich-Promenade, um eine Luftverbesserung zu garantieren
- eine Umweltzone, die in Bad Homburg schrittweise eingeführt wird, um so auch Feinstaubbelastungen zu senken

Vor allem der Kurpark ist betroffen. Ursprünglich sollte er der Erholung dienen, nun herrscht auch dort dicke Luft. Dies liegt vor allem an den vielen Autos, die darin verkehren. Dies ist kein Zustand für einen Ort, der sich "Kur-Park" nennt.

Hier müssen dringend Maßnahmen unternommen werden, eine Verkehrsberuhigung ist hier dringlich!

Unbedingt beachtet werden muss nach Auffassung der GRÜNEN, dass die Frischluftschneisen Kirdorfer Bachtal, Heuchelheimer Hohl, Platzenberg, Kirdorfer Feld nicht zugebaut oder verriegelt werden.

ENERGIE

In Bad Homburg wurde bisher nicht genügend Wert auf Energieeinsparung und Energieumstellung gelegt (Programme für Wärmedämmung, Energiekonzepte für Neubaugebiete, Blockheizkraftwerke, Einsatz erneuerbarer Energie usw.). Der Heizenergieverbrauch in städtischen Gebäuden ist zu hoch.

Alt bewährte Energieraten werden immer knapper und somit auch irgendwann teurer.

Es gibt nur einen Ausweg: Vollständige auf erneuerbare Energien umsteigen- Energiesparen und Energieeffizienz sind dafür unverzichtbare Strategien. Nur so kommen auch wir als Kommune im Klimaschutz voran.

Diese Erkenntnis muss Handlungsgrundlage und Zielrichtung sein, sonst kann ein Scheitern nicht ausgeschlossen werden.

Insgesamt gesehen bleiben für Kommunen als verlässliche Investitionen nur noch

erneuerbare Energien. Sie erhöhen auch die Einnahmen der Kommunen über zusätzliche Gewerbe- und Einkommenssteuer, deswegen gilt die Ausrede, erneuerbare Energien seien zu teuer, auch nicht mehr.

Wir GRÜNEN wollen eine nachhaltige, Ressourcenschonende Energiepolitik mit dem Ziel:

- Beim Auslaufen der Konzession für die SÜWAG sollen die Stadtwerke Bad Homburg das Leitungsnetz übernehmen. Die Stadtwerke sollen als kommunaler „Energiekonzern“ ausgebaut werden und neben Gas auch Strom, Wärme und Kälte liefern und sich als Energiedienstleister (Contracting) am regionalen Markt beteiligen. Alle Gewinne der Stadtwerke Bad Homburg verbleiben in der Stadt – fließen nicht an Aktionäre – sondern können wieder sinnvoll kommunal investiert werden.

- Umstellung auf so viel wie mögliche erneuerbare Energien
- ein Energiesparkonzept für öffentliche Gebäude und deren Umsetzung

Um diese Hauptziele zu erreichen, wollen wir folgendes in die Wege leiten:

- Investoren für erneuerbare Energien suchen
- auf alle Flachdächer von öffentlichen Gebäuden (Rathaus, Turnhallen, etc.) - wenn von der Sonneneinstrahlung her sinnvoll- Solaranlagen installieren
- Förderungen von privaten Solar-Anlagen auf Privat-Häusern
- rationelle Energieversorgung durch Kraft-Wärme-Kopplung
- Erstellung eines Solarkatasters

Bei vielen dieser Aufgaben spielen die Stadtwerke in Bad Homburg eine wichtige Rolle. Deshalb müssen die Kompetenzen der Stadtwerke erweitert werden, um einen Teil dieser Aufgaben (insbesondere hinsichtlich zukünftiger Konzeptionen und Beratung) erfüllen zu können.

GENTECHNIK:

In ganz Deutschland stößt Genfood auf Ablehnung. Die Menschen wollen natürliche Lebensmittel haben und keine gepanschten, veränderten Lebensmittel.

Die GRÜNEN Bad Homburg wollen deshalb auch in Bad Homburg eine „genfreie Zone“ haben, deshalb sollte in jeder städtischen Kantine auf genfreie, gesunde und vorrangig biologische Lebensmittel geachtet werden.

9. VERKEHR : MOBILE STADT

DIE GRÜNEN in Bad Homburg möchten bei der Stadtverkehrsplanung auch in der Zukunft die Mobilität fördern, ohne die Lebensqualität zu beeinträchtigen. Der Stadtverkehr in der Innenstadt als auch in den Wohngebieten soll den modernen Erfordernissen entsprechend gestaltet werden, wobei insbesondere den umweltbezogenen Erfordernissen Rechnung getragen werden soll.

VERKEHR IN DER STADT

Unsere Forderungen zur Erstellung eines stadt- und umweltverträglichen Verkehrskonzeptes lassen sich in folgende Punkte gliedern:

- Der Verkehr soll sozialverträglich sein. Das bedeutet z. B. gleichwertige Mobilitätschancen für alle Bevölkerungsgruppen.
- Der Verkehr soll ökologisch verträglich sein. Das bedeutet z. B. Lärm- und Abgasimmissionen und Energieverbrauch sollen sich innerhalb verträglicher Grenzen halten.
- Der Verkehr soll städtebaulich verträglich sein. Das bedeutet z.B. eine Begrenzung des Flächenanspruchs, der Versiegelung und der Trennwirkung von Straßen.
- Der Verkehr soll die wirtschaftliche Funktionsfähigkeit der Stadt gewährleisten. Das bedeutet z. B., die Bedingungen des wirtschaftlich notwendigen Verkehrs zu verbessern und weniger belastend zu gestalten.

Nur durch eine umfassende Strategie ist die Verwirklichung dieser Ziele zu erreichen. Dabei gilt folgende Rangfolge der Strategien:

- An erster Stelle: Verkehr vermeiden
- An zweiter Stelle: Verkehr auf stadt- und umweltverträglichere Verkehrsmittel verlagern
- An dritter Stelle: Kfz-Verkehr stadtverträglicher gestalten.

Nur das Zusammenspiel von Maßnahmen in allen drei Bereichen ermöglicht ein stadt- und umweltverträgliches Verkehrskonzept.

Um Verkehr zu vermeiden, ist eine integrierte Stadt- und Verkehrsplanung mit geringen bis mäßigen Distanzen zwischen den verschiedenen Lebens- und Tätigkeitsbereichen das wirkungsvollste Mittel. Hier sind die Ziele von Bedeutung, die bereits im Kapitel „Stadtplanung“ erläutert wurden.

ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR

Um Verkehr auf stadtverträglichere Verkehrsmittel verlagern zu können, ist ein entsprechendes Angebot für diese Verkehrsmittel nötig. Stadt- und umweltverträgliche Verkehrsmittel sind der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), Fahrrad- und Fußwegeverkehr sowie deren Zusammenwirken, üblicherweise als „Umweltverbund“ bezeichnet.

Um die Akzeptanz des öffentlichen Personennahverkehrs zu verbessern, werden von den GRÜNEN in Bad Homburg folgende Maßnahmen gefordert:

Es wird bei den Stadtbussen und möglichst auch bei den schienengebundenen Verkehren ein durchgehender Zeittakt jeweils entsprechend der Nachfrage eingehalten. Beim Nachtverkehr oder Sonntagsverkehr wechseln die Abfahrtszeiten nicht mehr gegenüber dem Tagesverkehr, so dass jeder Busbenutzer sich die Abfahrtszeiten an „seiner“ Haltestelle besser merken kann.

Auch die Einhaltung des Fahrplans ist zu gewährleisten. Eine Möglichkeit zur Verbesserung der Pünktlichkeit ist die Schaltmöglichkeit der Ampeln durch die Busfahrerinnen und -fahrer. Wir fordern, diese „Ampel-Vorrangschaltung“ zur Erprobung für Bad Homburg zuerst an einigen Stellen wie an der U-Bahn, an der Kreuzung Marienbader Platz/Frölingstraße und an

der Kreuzung Massenheimer Weg/Umgehungsstraße einzuführen.

Die Busse warten an den wichtigen Haltestellen (vor allem U-Bahn, S-Bahn) sowohl auf andere Busse als auch auf die schienengebundenen Verkehrsmittel im Rahmen vorzugebender Wartezeiten, um das Umsteigen zu gewährleisten.

Die Gestaltung der Haltestellen wird verbessert. Die Fahrpläne sollen auch bei Regen oder Dunkelheit lesbar sein. Das Ein- und Aussteigen wird nicht durch Verkehrsschilder, Trafokästen oder ähnliches behindert. Der Regenschutz in den Wartehäuschen wird verbessert und die Anzahl der Sitzmöglichkeit erhöht.

Die Mitnahmemöglichkeit für Fahrräder wird einheitlich geregelt und erlaubt.

Die Busfahrerinnen und -fahrer werden regelmäßig weitergebildet besonders im Hinblick auf den freundlichen Umgang mit Fahrgästen.

Die Linie Buslinie 54 (ehemaliger Röderbus) aus Friedrichsdorf soll über den Bahnhof bis zur U-Bahn in Gonzenheim verlängert werden.

Im Schülerverkehr sind Busse in ausreichender Zahl einzusetzen, damit die Fahrt für die Kinder akzeptabel wird und Überfüllungen vermieden werden. Dies kann auch dadurch erreicht werden, indem gestaffelte Schulanfangszeiten eingeführt werden.

Bei zukünftigen Ausschreibungsverfahren für den Busverkehr sind akzeptable Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten des Busunternehmens einschließlich einer auskömmlichen Bezahlung vorzugeben. Außerdem ist für die Fahrzeuge die jeweils umweltfreundlichste Technik für die Fahrzeuge zum Bestandteil der Leistungsbeschreibung zu machen.

Zur generellen Verringerung der Emissionen sind Busse mit Gas-, Wasserstoff- und Batterieantrieb sowie Hybridfahrzeuge zu erproben.

Folgende Forderungen stellen DIE GRÜNEN für den Schienenverkehr auf:

Die Attraktivität des Schienenverkehrs ist zu erhöhen. Von besonderer Bedeutung sind leicht merkbare Zeittakte. Der Halbstundentakt der S-Bahn ist konsequent auf das gesamte Wochenende und den Abendverkehr auszudehnen.

Der Bahnhof wird als Visitenkarte der Stadt in den nächsten Jahren zu einem attraktiven Nahverkehrsknoten ausgebaut mit Reise- und Regionalem Mobilitätszentrum.

Die Höhe des Unterschiedes zwischen Bahnsteig und S-Bahn-Wagen beträgt 20 Zentimeter. Ein Rollstuhlfahrer hat hier erhebliche Probleme, in die S-Bahn zu kommen und ist auf Hilfe Dritter angewiesen. Hier ist zumindest durch eine partielle Aufhöhung des Bahnsteiges Abhilfe zu schaffen.

Wegen der sehr hohen Nachfrage auf der Taunusbahn insbesondere im Berufsverkehr sind durch infrastrukturelle Maßnahmen zusätzliche Kapazitäten bereit zu stellen.

Die Tarife des RMV sind für die Benutzer aus Bad Homburg neu zu überdenken. Die Tarifzone sind zu erweitern, zum Beispiel ist die Tarifzone Frankfurt für die U-Bahnlinie (U2) über Nieder-Eschbach hinaus bis nach Gonzenheim zu verlängern. Die Stadt wird sich hierfür beim RMV einsetzen.

Der Übergang zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln muss mit genügend zeitlichem Spielraum, aber ohne übermäßige Wartezeiten sichergestellt werden. Die Busfahrerinnen und

-fahrer werden über eine Verspätung der S-Bahn am Bahnhof informiert und warten auf die Fahrgäste im Rahmen der vorzulegenden Wartezeiten.

Die Regionaltangente West der Bahn zum Flughafen ist eines der bedeutendsten Nahverkehrsprojekte, für das sich DIE GRÜNEN einsetzen. Unter Umgehung des Frankfurter Hauptbahnhofs ist der Flughafen in 30 Minuten, der Frankfurter Süden mit Neu-Isenburg in 40 Minuten zu erreichen. Die hierfür notwendigen Planungsarbeiten sind voran zu treiben.

Der Verknüpfung schienengebundener Nahverkehre – U-Bahn mit Taunus-, S- und künftig der Regionalbahn zum Flughafen – kommt eine hohe Bedeutung zu. Der Bad Homburger Bahnhof soll ein regionaler Verkehrsknotenpunkt mit wichtigen Funktionen werden. Deshalb stellt die geplante Verlängerung der U 2 entlang der S-Bahngleise bis zum Bahnhof Bad Homburg ein wichtiges verkehrspolitisches Projekt der Stadt dar. In der Zwischenzeit hat die Stadtverordnetenversammlung die Einleitung des notwendigen Planfeststellungsverfahrens beschlossen. In diesem Zusammenhang sind generell Lärmschutzmaßnahmen entlang der S-Bahngleise zwischen Friedrichsdorfer Straße und Bahnhof vorzusehen. Die notwendigen finanziellen Voraussetzungen sind für die Realisierung des Infrastrukturausbaus und für den späteren Betrieb auf der Strecke möglichst umgehend zu schaffen.

Wir treten für einen einheitlichen 15-Minuten-Takt auf der U 2 außerhalb der Hauptverkehrszeit ein.

Bei der S-Bahn wird freitags und samstags ein Nachtzug von Frankfurt nach Friedrichsdorf (1.24 Uhr ab Frankfurt Hbf.) eingerichtet.

FAHRRAD

Wir wollen den Anteil des ökologisch sinnvollen Fahrradverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen in der Stadt erhöhen. Auch als Freizeitverkehrsmittel ist das Fahrrad nicht mehr wegzudenken. Um das Radfahren in Bad Homburg attraktiver zu gestalten und Gefährdungen für Radfahrer zu verringern, sind folgende Maßnahmen nötig:

Das bestehende durchgehende Radverkehrsnetz wird gezielt zu den Schulen und zur S- und U-Bahn ausgebaut.

An stark frequentierten Stellen sowie Bike- & Ride-Anlagen an S- und U-Bahn werden wetterfeste und diebstahlsichere Unterstellplätze für Fahrräder in ausreichender Zahl eingerichtet. Am Bahnhof wird ein Fahrradparkhaus errichtet.

Radwege sind sorgfältig zu pflegen. Schlaglöcher werden umgehend ausgebessert, Bordsteine werden abgesenkt und im Winter werden auch die Radwege geräumt, damit sie befahrbar bleiben.

In Kreuzungsbereichen sind Radwege deutlich zu markieren, um die Aufmerksamkeit der Autofahrer zu erhöhen und die Sicherheit der Radfahrer zu gewährleisten.

An Ampeln erhalten Radfahrer einen Vorsprung (Vorrang-Grün) vor den Autofahrern. Das erhöht die Sicherheit in der kritischen Anfahrphase und erleichtert den Radfahrern das Linksabbiegen.

Einbahnstraßen in Tempo 30-Zonen werden für Radfahrer in beide Richtungen geöffnet. Dies ist nach der Straßenverkehrsordnung zulässig.

Das Radverkehrsnetz in Bad Homburg wird in das überregionale Radverkehrsnetz integriert. Die Radwege werden entsprechend beschildert.

Auch in der Innenstadt sind genügend Abstellplätze für Fahrräder vorzusehen.

Die Fußgängerzone soll für Radfahrer geöffnet werden, wobei Schritttempo einzuhalten ist.

Auch für die Förderung des Fußgängerverkehrs in der Stadt ist eine Beseitigung der vielen kleinen und großen Behinderungen Grundvoraussetzung.

Die Begehbarkeit der Fußwege wird regelmäßig überprüft. So ist auch hier schadhafter Bodenbelag auszubessern. An den Kreuzungen ist der Fußweg abzusenken, auch im Hinblick auf Kinderwagen und Rollstühle. Die Breite soll die Benutzung mit Zwillingskinderwagen sicherstellen.

Die Gefahren bei der Überquerung der Straße werden für Fußgänger minimiert. Maßnahmen sind Fußgängerampeln, Zebrastreifen und sonstige Querungshilfen. Fußgänger erhalten einen Vorsprung vor abbiegendem Verkehr, wenn an einer Ampelanlage beide gleichzeitig Grün haben.

Die Wartezeit an einer Fußgängerampel darf die Wartezeit an einer Ampel für Pkw nicht um ein Mehrfaches übersteigen, sonst werden diese Ampeln nicht akzeptiert. Die Dauer der Grünphase soll auch Gehbehinderten genügend Zeit zur Überquerung der Straße einräumen.

Besonderes Augenmerk ist auf die Möglichkeit für Blinde an der Teilnahme am Straßenverkehr als Fußgänger zu legen. An allen stark befahrenen Straßen sind die Ampeln mit akustischen Meldern auszurüsten.

Die Fußgängerzone soll wirklich den Fußgängern vorbehalten bleiben und der Anlieferverkehr auf den Zeitraum vor 11 Uhr beschränkt werden..

KFZ-VERKEHR STADTVERTRÄGLICHER GESTALTEN

Die einfachste Methode, den Autoverkehr für alle Verkehrsteilnehmer sicherer, leiser und umweltfreundlicher zu gestalten, ist die Reduzierung der Geschwindigkeit.

Bei einem Aufprall bei 30 km/h wird etwa nur ein Drittel der Energie übertragen wie bei einem Aufprall bei 50 km/h. Der Ausstoß von Abgasen wird deutlich geringer und auch die Lärmbelastigung wird reduziert.

Deshalb und auch aus Lärmschutzgründen fordern wir generell die Einführung von 30 km/h für die Erschließungsstraßen im Stadtbereich. Nur auf den Durchgangsstraßen wird eine Geschwindigkeit von 50 km/h zugelassen. Dabei möchten DIE GRÜNEN den Begriff „Durchgangsstraße“ schärfer definiert wissen. Nicht jede Straße wird zur „Durchgangsstraße“ nur weil sie keine Sackgasse ist. Durchgangsstraßen sind die Straßen, die als Verbindung zwischen Ortsteilen oder zu anderen Städten und Gemeinden in der Umgebung zu bewerten sind.

In Bereichen, in denen die Geschwindigkeit auf 30 km/h beschränkt ist, sind häufig bauliche Umgestaltungen der Straße nötig. Breite, gerade Straßen führen dazu, daß Autofahrer ihre Geschwindigkeit leicht unterschätzen und deshalb zu schnell fahren.

DIE GRÜNEN fordern eine bauliche Umgestaltung der Straßen in Tempo-30-Zonen und einen Rückbau überbreiter Straßen.

Reine Wohnstraßen sollen zu verkehrsberuhigten Bereichen in Form von Wohn- und Spielstraßen umgewidmet werden. Hier haben Fußgänger absoluten Vorrang. Eltern können

ihre Kinder unbesorgt auf der Straße spielen lassen. Der Bereich der Straße wird wieder zu einem Treffpunkt, einem Bereich der Kommunikation. Beispiele bereits durchgeführter Verkehrsberuhigungen sind die Bertha-von-Suttner-Straße in Dornholzhausen und die Straße An den Obersten Gärten. Hier ist eine enge Zusammenarbeit mit den Anwohnern nötig, da eine solche Änderung des Straßenverkehrs nur mit der Akzeptanz der Wohnbevölkerung denkbar ist. Die Kaiser-Friedrich-Promenade leidet am Verkehr und muß dringend verkehrsberuhigt und als Kurpromenade wiederentdeckt werden.

DIE GRÜNEN fordern eine verstärkte Einrichtung von verkehrsberuhigten Bereichen im Zusammenwirken mit den Anliegern.

Autos müssen irgendwo parken. Durch die Umsetzung des Anwohnerparkens in weiten Bereichen der Innenstadt hat sich dort der Parkplatzsuchverkehr deutlich verringert.

Eine Erweiterung des bestehenden Parkhauses in den Kurhausgarten hinein mit Öffnung der Ludwigstraße lehnen wir **grundsätzlich** ab. Der Kurhausgarten soll in seiner jetzigen Form erhalten bleiben. Um dem noch bestehenden Parkplatzbedarf gerecht zu werden, soll unter Berücksichtigung der Umgestaltung des Empfangsgebäudes am Bahnhof eine neue Tiefgarage entstehen. Um die Bedingungen für die Luftreinhaltung im Kurbezirk zu erfüllen, muss der Verkehr dort reduziert werden.

Besondere Parkprobleme entstehen bei Großveranstaltungen. Am markantesten sind hier wohl das Laternenfest, das Weinfest und verkaufsoffene Sonntage. Straßen, Einfahrten, Taxiplätze und Rettungswege in der näheren und weiteren Umgebung sind zugeparkt. Wir GRÜNEN setzen uns daher für verstärkte Hinweise auf den ÖPNV und für die Nutzung von Parkplätzen im Industriegebiet sowie kostenlose Pendelbusse ein.

BEHINDERTENPARKPLÄTZE

Anspruch auf Behindertenparkplätze haben nur Behinderte mit dem Kennbuchstaben aG im Behindertenausweis. Laut Behindertengesetz wird dieses Kennzeichen nur an Beinamputierte, Querschnittgelähmte und vergleichbar Behinderte vergeben. Es ist für uns keine Frage, dass dieser Personenkreis unterstützt werden muss, genügend Behindertenparkplätze zur Verfügung gestellt werden und kontrolliert wird, dass sie nur vom berechtigten Personenkreis genutzt werden. Aber auch der Personenkreis der nicht so stark Behinderten sollte Beachtung finden. Für Menschen, die im Behindertenausweis das Kennzeichen G haben, sollten nach dem Vorbild der Frauenparkplätze Parkplätze in der Nähe von Ausgängen aus Parkhäusern reserviert werden. Die Benutzung dieser Parkplätze sollte auch für Menschen möglich sein, die aufgrund eines Unfalls oder einer medizinischen Behandlung vorübergehend in ihrer Gehfähigkeit eingeschränkt sind.

Ambulante Pflegedienste erhalten Sonderrechte in Bezug auf Parken.

Besondere Probleme bereitet in der Kurstadt der Wirtschafts- und LKW-Verkehr. Besonders der massive Anlieferverkehr durch große LKW in der Fußgängerzone ist nicht länger hinnehmbar. DIE GRÜNEN setzen sich daher bereits seit Jahren für die Entwicklung eines sogenannten Konzeptes „City-Logistik“ ein. Hierbei würden die Lieferungen großer LKW's für Bad Homburg an einer zentralen – verkehrsgünstig gelegenen – Station entladen und mit kleineren Fahrzeugen ausgeliefert. Diese Fahrzeuge können dann sowohl Geschäfte in engeren Gassen besser beliefern als auch nach 11.00 Uhr Geschäfte in der Fußgängerzone durch die engen Höfe von hinten anfahren. Als Standort für eine solche „City-Logistik-Station“

bietet sich das Industriegebiet an.

Immer mehr LKW werden von den Unternehmen aus Kostengründen (manchmal auch aus Platzgründen) als Warenzwischenlager genutzt und meist über Nacht auf öffentlichen Plätzen abgestellt. Dies ist weder der Nachtruhe der Anwohner noch der Kurstadt insgesamt zuträglich. DIE GRÜNEN schlagen daher vor, dass öffentliche innerstädtische Parkplätze für LKW über 4,9 Tonnen grundsätzlich gesperrt werden. Als Anlaufstelle und Parkplatz für LKW wird an der Südumgehung in Autobahnnähe ein Autohof eingerichtet.

Von aktueller Bedeutung ist die Diskussion um die Behandlung der Verkehrsströme, die aus dem Usinger Land auf dem Weg nach Frankfurt/Eschborn Bad Homburg durchqueren.

PPR-KREUZUNG

Zur Lösung der Verkehrssituation an der PPR-Kreuzung schlagen wir eine Optimierung der Ampelphasen und eine verlängerte Rechtsabbiegerspur aus Dornholzhausen Richtung A 661 als zeitnahe Lösung vor. Einen langen Straßentunnel mit hohen Baukosten von 100 Millionen Euro als langfristige Lösung in diesem Bereich halten wir für unrealistisch. Alternativ sollte der Bau eines Kreisels verkehrsplanerisch untersucht werden.

10. WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Umweltschutz ist nicht nur eine abstrakte Idee sondern ist für uns Leitbild und Zukunftsvision für einen weiterhin erfolgreichen und prosperierenden Wirtschaftsstandort Bad Homburg.

Gute kommunale Wirtschaftspolitik bedeutet für uns der effiziente Umgang mit knappen Ressourcen.

Diesem Leitgedanken folgend werden wir den Erhalt und die Fortentwicklung unserer Heimatstadt und besonders ihrer natürlichen Ressourcen auf allen Ebenen des kommunalen Wirtschaften und Handelns verankern.

Dies bedeutet für uns konkret:

- Aktive Förderung lokaler mittelständiger Produzenten und Dienstleister und die Förderung von lokalen Arbeitsplätzen
- Fördern und Fordern der in Bad Homburg angesiedelten Unternehmen
- Gestaltung der kommunalen Wirtschafts- und Vergabepolitik um diese Ziele umzusetzen
- Stärkung der kommunalen Eigenbetriebe

Der Gedanke der Entlastung des Faktors Arbeit und im Gegenzug eine Belastung des Faktors Umwelt- und Ressourcenverbrauch beinhaltet genau diesen integrierenden Ansatz. Wir GRÜNEN halten daher eine sozialverträgliche, ökologische Steuerreform für eines der wichtigsten Gestaltungselemente.

Investitionen in den Umweltschutz schaffen Arbeitsplätze. Das Ökoinstitut schätzt bei einem konsequenten Ausbau der Förderung alternativer Energien bundesweit bis zum Jahr 2020 einen Bedarf von ungefähr 210.000 Arbeitskräften.

Zur Umsetzung bedarf es aller Anstrengungen, die Rahmenbedingungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen zu verbessern. Nach Auffassung der GRÜNEN kann dem Trend zum Arbeitsplatzabbau nur mit der Förderung von zukunftssicheren Arbeitsplätzen entgegengewirkt werden. Es haben insbesondere solche Arbeitsplätze eine Zukunft, die umweltverträglich sind und der sozialökologischen Erneuerung dienen.

Deswegen sprechen sich DIE GRÜNEN für eine kommunale Wirtschaftspolitik aus, die diesen Namen verdient. Diese darf nicht nur auf Einzelaktionen beschränkt sein, sondern muss einem Gesamtkonzept folgen, einer Vision von einem Bad Homburg mit einer fortschrittlichen und eigenständigen Wirtschafts- und Lebenskultur. Dabei muss Ziel sein, Bad Homburg als Gewerbe-, Dienstleistungs- und Industriestandort weiterzuentwickeln.

Um diese Ziele umzusetzen müssen die Stärken der Stadt gefördert und die vorhandenen Schwächen aufgearbeitet werden.

Stärken des Beschäftigungsstandortes:

- zentrale Lage in Deutschland und Mitteleuropa
- hervorragende Lage im Rhein-Main-Gebiet
- großes Angebot an qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen
- hoher Bildungsbedarf und -standard
- Weiterbildungsinstitutionen
- Medienstandort
- Gesundheitsstandort
- hoher Freizeitwert
- gute Naherholungsmöglichkeiten z.B. durch Taunusrandlage
- guter Wohnwert
- hohes Qualifikationsniveau der Erwerbspersonen
- bürgerliches Kulturangebot auf hohem Niveau
- sehr gute Verkehrsanbindungen

Als Schwächen sind zu nennen:

- hohes Lohn- und Gehaltsniveau (und Nebenkosten)
- hohe Mieten
- hohe Preise für Konsumgüter und Gastronomie
- zu viele Autos in der Innenstadt
- Gefahr der Monostrukturierung in Richtung Dienstleistungsbetriebe
- Verbauung der Stadt durch Bürokomplexe

ERFOLGS- UND QUALITÄTSKRITERIEN

Die folgenden Erfolgs- und Qualitätskriterien sollten aus grüner Sicht bei allen Betreuungs- und Anwerbemaßnahmen in der Wirtschaftsförderung angelegt werden:

- Arbeitsplatzausbau bzw. –erhalt
- möglichst hoher Prozentsatz von qualifizierten und langfristig sicheren Arbeitsplätzen bei einer ausgewogenen Arbeitsplatzstruktur (Dienstleistung, „Blaumannarbeitsplätze“, Handwerk und Handel)
- ökologische und innovative Qualität der Produkte sowie der Produktions- und Arbeitsmethoden
- positive sekundäre Arbeitsplatzeffekte, d. h. Arbeitsplätze ziehen Nachfrage etwa beim Wohnungsbau und bei Konsumartikeln nach sich
- Frauenförderung
- Behindertenfreundlichkeit
- Ausbildung von Jugendlichen
 - Zukunftssichere Arbeitsplätze durch ökologisches Wirtschaften: Was die Stadt tun kann, um die Rahmenbedingungen zur Schaffung von ökologischen Arbeitsplätzen zu verbessern:
 - Maßnahmen zur kommunalpolitischen Förderung von ökologischer Erneuerung und Beschäftigung
 - Umstellung der Vergaberichtlinien zur konsequenten Förderung von lokalen nachhaltig wirtschaftenden, mittelständischen Betrieben.
 - Einrichtung einer zentralen Informations- und Moderationsbörse für Unternehmen zur Beratung sowie Vermittlung von Kontakten, Know How und konkreten Problemlösungen
 - Förderung eines Öko-Zentrums für beratende und gewerbliche Kleinbetriebe sowie für Handwerksbetriebe (z.B. Ingenieurbüros, Bodensanierungsfachfirmen, Hersteller von Solaranlagen); Ziel: Bereitstellung von preiswerten und erweiterungsfähigen Büro- und Gewerbeflächen für die Know-How- und Leistungsträger der ökologischen Erneuerung
 - ökologisch verträgliche Bereitstellung von Gewerbeflächen für die Schaffung von Arbeitsplätzen im Zuge der betrieblichen Erweiterung- und Unternehmens-Neuansiedlung
 - finanzielle Entlastung solcher Unternehmen durch einen Ökobonus, die für den ökologischen Umbau arbeiten und Arbeitsplätze schaffen; Ziel: Etablierung einer langfristig zukunftssicheren Unternehmensstruktur, Förderung von Betriebsneuansiedlung
 - kommunale bedarfsgerechte Förderprogramme für Beratungs-, Reparatur- und Modernisierungsleistungen bei der Versorgung (Strom, Wasser, Gas, Wärme, Abfall) privater Haushalte; Ziel: Ankurbelung von Nachfrage und Beschäftigung bei ortsansässigen Betrieben des Handwerks
 - Konzept für ein offensives Regionalmarketing; Ziel: Förderung regionaler handwerklicher und landwirtschaftlicher Betriebe
- Ausweitung der Maßnahmen zu Höherqualifikation und beruflicher Integration gemäß § 19 BSHG (Arbeit statt Sozialhilfe) insbesondere für Jugendliche, Ziel: Senkung der Arbeitslosenzahlen, Entlastung der Kommune von der Sozialhilfe

- Gründung einer kommunalen Wirtschaftsförderungsgesellschaft
- Gründung einer kommunalen Beschäftigungsgesellschaft
- Einrichtung eines kommunalen Handwerkerhofs, in dem Handwerkerleistungen angeboten werden, die man sonst in Bad Homburg nur noch schwer findet wie z. B. Schlosser, Schreiner, Glaser etc.
- Förderung der Ausbildung junger Menschen; Unterstützung der Umwandlungsbestrebungen der Homburger Akademie in eine Berufsakademie

WEITERE KOMMUNALE MASSNAHMEN:

Durch Nutzung des kommunalen Planungs- und Satzungsrechtes kann die Stadt solide Grundlagen für eine ökologische und lokale Umorientierung legen. Sie kann dadurch zukunftssichere Arbeitsplätze schaffen. Beispiele hierfür sind:

- planungsrechtliche Vorgaben für Nahwärme und Solarenergienutzung sowie für Holzbauweise
- Blockheizkraftwerke
- Solarthermen
- Photovoltaik
- Wärmedämmung im Baubestand
- Regenwassernutzung
- Wassersparinvestitionen
- Reststoffrecycling
- Kleinteiligere Vergabe an lokale Anbieter

Dies alles würde zu einem deutlich verbesserten Verständnis der eigenen Stärken und Schwächen führen, sowohl der realen als auch der von anderen wahrgenommenen.

Ein wichtiger Baustein für diese Maßnahmen ist die konsequente Stärkung unseres kommunalen Energieversorgers Stadtwerke Bad Homburg und die Rekommunalisierung des Stromnetzes.

STANDORTFAKTOREN

Die Erhaltung und Weiterentwicklung des Standorts ist zentrales Element der grünen Wirtschaftspolitik für Bad Homburg.

Die bisherige Wirtschaftsförderung und die Werbung für Bad Homburg durch die Politik reichen aus Sicht der Grünen längst im interkommunalen Wettbewerb nicht mehr aus. Die Stadt sollte daher mit ihrer vorhandenen Vielfalt werben, zum Beispiel

- Kur
- Kunst
- Kultur
- Weltkulturerbe Saalburg
- Freizeit und Sport

- Mischung aus Tradition und Moderne
- Zentrale Lage im Rhein-Main-Gebiet und am Naturpark Hochtaunus
- Aufwertung des Stadtmarketings

um so zukunftssträchtige Betriebe anzulocken und deren Mitarbeitern positiv zu vermitteln, in einer lebendigen und aktiven Stadt leben und arbeiten zu können.

Bad Homburg kann nicht für sich als Einkaufsstadt werben und andererseits nichts für die Erhöhung der Attraktivität der Innenstadt tun. Das gleiche gilt für den Ausbau des regionalen Verkehrs. Die Stadt muss sich wesentlich aktiver in die Diskussion um eine verbesserte Anbindung an den Schienenverkehr und um die Anbindung an den Flughafen einschalten (Regionaltangente West).

Insgesamt sollte daher die Kommune in eine strukturierte Kommunikation mit Firmen eintreten (nach Branchen, nach Gebietskriterien, nach Kriterien der Betroffenheit von bestimmten gesetzlichen Regelungen, nach Arbeitsplatz- oder Ausbildungsplatzrelevanz etc.), denn ein qualifizierter Kontakt zu den eigenen Firmen aus Bad Homburg stellt sicher, dass man frühzeitig weiß, welche Dinge sich im Sinne der Wirtschaft negativ entwickeln. Dementsprechend kann die Stadt auch in ihren Marketingbemühungen auf neue Entwicklungen reagieren.

Dies alles würde zu einem deutlich verbesserten Verständnis der eigenen Stärken und Schwächen führen, sowohl der realen als auch der von anderen wahrgenommenen. Im Ergebnis kann man dann wirklich eine zielgerichtete Entwicklung des Wirtschaftsstandortes Bad Homburg betreiben.